

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Mannheim: Erfolg im Kampf um bezahlbaren Wohnraum bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft

- *Griechenland: An mehr Zeit, weiteren Krediten und eigenen Entwicklungsplänen führt kein Weg vorbei – S. 3*
- *Bundesregierung sorgt für mehr Panzer und weniger Sicherheit – S. 7*
- *Mannheim: Widerstand gegen Abriss billiger Wohnungen teilweise erfolgreich – S. 12*
- *Bundesagentur für Arbeit: Wallraff ante Portas – S. 15*
- *Konferenz: Kapitalistische Moderne sezieren – S. 20*

Ausgabe Nr. 4 am 16. April 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Führung 1.0 für Industrie 4.0?

www.stuttgarter-zeitung.de. *alk.* Familienzoff und Streit um Führungsstil, so lauten viele Kommentare zu der Auseinandersetzung zwischen dem Eigentümer Ferdinand Piëch und dem obersten Manager des VW-Konzerns Martin Winterkorn. Andere Eigentümer, Wolfgang Porsche und das Land Niedersachsen, sowie die IG Metall wollen den Vorstandsvorsitzenden Winterkorn behalten. Die „Stuttgarter Zeitung“, nahe dran an den beiden Familienzweigen (sowohl die Porsches als auch die Piëchs sind in Stuttgart große Grundeigentümer), interpretiert den Konflikt aus dem autoritären Führungsstil Piëchs und zitiert aus seiner Autobiografie: „Die Vorstellung einer höchstkarätigen inneren Mannschaft von fünf bis zehn Leuten, deren Zusammenspiel wiederum nur ein Einzelner im Detail lenkt, hat mich ein Leben lang nicht losgelassen. Es ist für mich das wichtigste Rezept geblieben, wie man tatsächlich Vorsprung gegenüber dem Wettbewerb erzielen kann.“

Genau dieser Vorsprung im Wettbewerb fehlt aber derzeit dem Konzern. Die Produktpalette des Unternehmens ist sehr groß, sie reicht von einfachen Fahrzeugen wie Skoda und Seat über die eigentlichen VW bis zu Audi und Porschesowie reinen Luxusfahrzeugen wie Bugatti und Lamborghini, dazu kommen noch Lkws (MAN, Scania). Im Jahr 2014 hat der Konzern knapp 13 Milliarden Euro Gewinn gemacht, die allerdings zu mehr als der Hälfte auf die beiden Marken Porsche (2,7 Mrd.) und Audi (5 Mrd. Euro) entfielen; die Kernmarke VW brachte bei höheren Stückzahlen wie Audi und Porsche zusammen dagegen nur 2,5 Mrd. Euro ein; deutlich weniger als zum Beispiel der japanische Konkurrent Toyota. In den USA hat die Marke VW rückläufige Absatzzahlen. Die Nutzfahrzeugbranche bei VW mit den drei Marken VW, Scania und MAN ist schwach im Vergleich zum Konkurrenten Daimler.

Es scheint, als sei das Konzept des Weltfahrzeugkonzerns als Ansammlung zahlreicher Marken in der Krise. Das hat vielleicht einen technischen Hintergrund. Das Auto ist nach über hundert Jahren technisch hoch entwickelt. Weitere Verbesserung sind schwer zu erzielen, sei es beim Verbrauch, der Sicherheit und verschiedenem Komfort. Beim Spielen eines Musikinstruments geht das Erlernen des ersten Übungsstücks, das immer wiederholt wird, vergleichsweise schnell, bis man aber ein Virtuose wird, vergehen viele Jahre, in denen man sich mit dem Instrument und ganz vielen Stücken intensiv beschäftigt. Ähnliches scheint sich in der industriellen Fertigung abzuspielen. Obwohl die Skalenvorteile großer Serien nach

wie vor Bestand haben, entwickelt sich daneben die sogenannte Industrie 4.0, das heißt die Fertigung kleiner Serien durch Anpassung vorhandener Maschinerie über die Softwaresteuerung. Wer hier nahe dran ist, sowohl am Kunden als auch am Produkt, ist in der Lage, jene kleinen, aber wichtigen Verbesserungen zu machen, die das Produkt beim Käufer als besser erscheinen lassen. Das Konzept, wie es VW verfolgt hat, Vorteile durch gemeinsame Nutzung von Komponenten quer über die Marken zu generieren, gerät mit der Individualisierung des einzelnen Produkts in Konflikt.

Der hl. Vater deutet auf andere

www.dbk.de/themen/gedenken-an-armenier-genozid. *maf.* Am 12. April 2015 feierte Papst Franziskus mit dem Patriarchen der armenisch-katholischen Kirche eine Messe zum Gedenken an den 1915 verübten Völkermord der Türkischen Republik an den Armeniern. Es folgten scharfe und andauernde Proteste der Regierung Erdogan. Die Kritik rührt am Gründungsmythos der modernen Türkei.

Anfang des 20ten Jahrhunderts endete der Offiziersbund der Jungtürken die Herrschaft des Hauses Osman. Im Ersten Weltkrieg stand der Militärstaat auf der Seite des Deutschen Kaiserreichs. 1915 beschleunigten die Jungtürken angesichts der Schwäche der Türkei die kulturelle Homogenisierung des Nationalstaates. Die Armenier, damals neben den Kurden eine große nichttürkische Bevölkerungsgruppe mit starker Tradition, gepflegter Sprache, Kultur, Religion und lebhafter Erinnerung an Eigenstaatlichkeit wurden vertrieben, umgebracht oder zur Selbstaufgabe gezwungen. Der Nationalismus Atatürks sollte in den folgenden Jahrzehnten eine ganze Kaskade gewalttätiger Versuche der Ausmerzungen kultureller Unterschiede hervorbringen. Erst jüngst lassen Verhandlungen der Regierung mit der kurdischen Emanzipationsbewegung die Chance eines Wandels erhoffen.

Angesichts der Verbrechen des Völkermordes, das er noch dem Stalinismus und dem Nationalsozialismus zu rechnete, sowie der Massenmorde in Kambodscha, Ruanda, Burundi und Bosnien forderte der Papst „jede Wunde zu heilen und zu konkreten Gesten der Versöhnung und des Friedens zwischen den Nationen zu ermuntern, denen es noch nicht gelingt, zu einem vernünftigen Konsens über die Deutung dieser traurigen Angelegenheiten zu finden“. Der hl. Vater hätte in diesem Zusammenhang viel Gutes tun können, wenn er die Unterwerfungs- und Ausrottungstaten, die mit der Idee der Missionierung verbunden werden, mit zur Debatte gestellt hätte.

An mehr Zeit, weiteren Krediten und eigenen Entwicklungsplänen führt kein Weg vorbei

Um die Auseinandersetzung zwischen der griechischen Regierung und der Gruppe der Finanzminister der Euro-Länder gibt es gezielte und von der Presse weiterverbreitete Verlautbarungspolitik, aber keine dokumentierte, nachvollziehbare Informationspolitik der Eurogruppe. So sind z.B. die verschiedenen vorgelegten Fassungen der Selbstverpflichtung Griechenlands zu Reformmaßnahmen über das Internet erhältlich (die letzte Fassung vorab veröffentlicht von der New York Times, <http://im.ft-static.com/content/images/55b27a7e-d87c-11e4-ba53-00144feab7de.pdf>), die Gründe der beharrlichen Ablehnung als „nicht genügend“ durch die Euro-Finanzministergruppe aber nicht.

Was ist denn nun nicht ausreichend? Ist es die Konkretisierung der Vorschläge hinsichtlich ihrer Realisierung, oder ist es das Fehlen weiterer Reformvorschläge, oder ist es einfach die Weigerung Griechenlands, die soziale Destruktionspolitik fortzusetzen, und die Ankündigung, einen Teil der sozialen Destruktionsmaßnahmen wieder rückgängig zu machen?

Ausgangspunkt der derzeitigen Verhandlungen ist das Abkommen vom 20./27. Februar 2015, das eine viermonatige Verlängerung des sogenannten „2. Hilfspaketes“ vorsieht. Dabei hat Griechenland zwar erreichen können, dass es seine „Reformliste“ selbst aufstellt. Die Entscheidung darüber aber, ob das in den Augen der Ver-

treter der gescheiterten Troika-Politik aber akzeptabel ist für die Auszahlung der letzten Kredittranche aus dem 2. Kreditpaket von 2012, behält sich die Eurogruppe vor. Die Fortsetzung der Troika-Politik findet dabei u.a. unter der netten Formulierung von Angelika Merkel statt, es müsse eben alles gegenfinanziert werden.

Im Klartext heißt das ja: die geplanten und gesetzten Ziele des letzten Memorandums – die noch nie, weil unrealistisch, von irgendeiner griechischen Regierung eingehalten wurden – sollen jetzt durchgesetzt und erreicht werden. Darüber hinaus darf die Syriza-Regierung dann gerne noch mehr „Überschüsse“ erwirtschaften, um die humanitäre Krise in Griechenland zu bekämpfen. Das ist nicht mal im Ansatz ein „Good cop- / Bad cop“-Spielchen Merkel/Schäuble, das soll aber so aussehen.

Der nächste Termin sei jetzt der 24. April. Reuters meldet am 9.4.2015: „Vertretern der Euro-Zone zufolge soll die griechische Regierung ihre Reformpläne spätestens bis zum 21. April so überarbeiten, dass die Euro-Finanzminister am 24. April in Riga darüber abstimmen können.“ Eine Gefahr dabei ist, dass die – soweit vorhandene – öffentliche Diskussion vollends verflacht und erlahmt mangels konkreter Nachvollziehbarkeit des genauen Sachstandes. Hier wäre z.B. eine gezielte Politik der Bundestagsfraktion der Linken und der Grünen mit Anfra-

gen und Initiativen zur deutschen Regierungspolitik als maßgebliche Kraft in der Eurogruppe von Nutzen.

Und das gerade, weil sich immer deutlicher abzeichnet:

- dass die Memoranden-Politik in jeder Hinsicht als unrealistisch und falsch gescheitert ist,
- dass auch bei Austritt/Ausschluss Griechenlands aus dem Euro alle Probleme bleiben und für die Menschen in Griechenland noch schlimmer würden,
- dass eine deutliche Trennung zwischen Kreditpolitik der „Institutionen“ und einem notwendigen, mit den Entwicklungsplänen in Griechenland abgestimmten, tatsächlichen Unterstützungs- und Hilfsprogramm der EU gezogen werden muss,
- dass eine durch jahrzehntelange Fehlentwicklung und Fehler entstandene Situation nicht in zwei bis drei Jahren behoben werden kann,
- und dass die Syriza-Regierung einen eigenen, mit der EU (nicht mit der „Troika“) abgestimmten Entwicklungsplan braucht, mit dem sie in Griechenland und international um Unterstützung wirbt und dann auch Unterstützung finden wird.

Dazu braucht Griechenland Zeit und – so wie es aussieht – unweigerlich weitere Kredite, kurzfristige für die nächsten Monate und dann voraussichtlich ein weiteres Kreditpaket.

Christoph Cornides

Memoranden-, „Troika-“, Austeritätspolitik – verletzt Menschenrechte und europäische sowie internationale Rechtsnormen

Die „Kammer für Arbeiter/innen und Angestellte für Wien“ hat in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut ein Rechtsgutachten unter dem Titel „Austeritätspolitik und Menschenrechte“ in Auftrag gegeben (veröffentlicht Dezember 2013). Dabei werden die Rechtspflichten der Unionsorgane beim Abschluss der sogenannten „Memoranda of Understanding“ untersucht. Das Gutachten liefert viele ausgearbeitete Rechtsbegründungen und politische Argumente, warum diese Politik nicht nur in jeder Hinsicht – und auch im Sinne ihrer Betreiber – gescheitert ist, sondern grundlegende Menschenrechte schwer verletzt. Das Gutachten ist als PDF-Dokument auf der Homepage der Arbeiter/innenkammer Wien erhältlich (s.u.)

„Seit Beginn der Finanzmarktkrise haben einige EU-Mitgliedstaaten im Zusammenwirken mit der sog. „Troika“, die gebildet ist

aus EU-Kommission (KOM), Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IMF), einer rigiden Sparpolitik verfolgt. Diese auch Austeritätspolitik genannte Politik hat in kurzer Zeit mit dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und dem Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESMV) Instrumentarien entwickelt, über die in den betroffenen Ländern auf Grundlage sogenannter Memoranda of Understanding (MoU) Sparmaßnahmen und Strukturreformen initiiert und durchgesetzt werden sollen. Die MoU enthalten detaillierte Zeitpläne für Sparmaßnahmen und Strukturreformen, welche die betroffenen Staaten erfüllen müssen, um entsprechende Kredittranchen zu erhalten. Die MoU werden durch die Troika ausgehandelt. So heißt es etwa im Art. 13 Abs. 4 ESMV, dass die KOM im Benehmen mit EZB und IMF das MoU

aushandelt, dabei die Finanzierungsaufgaben festsetzt und das MoU unterzeichnet. Der Gouverneursrat macht das MoU sodann zur Grundlage der Auszahlung von Finanzhilfen nach dem ESM. Neben der direkten Konditionalisierung jener Länder, die direkt um Geld aus den Rettungsschirmen ansuchen mussten (Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Spanien und Zypern), kam es auch zu einer indirekten Konditionalisierung anderer Staaten. So forderte etwa die EZB von Italien für den Ankauf von Staatsanleihen (auf dem Sekundärmarkt) Privatisierungen im großen Ausmaß, die Verlagerung der Tarifverhandlungen auf Betriebsebene, Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, die Privatisierung von Versorgungsunternehmen und die Einführung von automatischen Korrekturmechanismen im Defizitfall.“

(Arbeiterkammer Wien, http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/eu/Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.html)

Griechenland – EU – Euro: Langjährige Addition verschiedener Fehlentwicklungen und Fehler

Entwicklung Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2004 bis 2014

Die heutige soziale, wirtschaftliche und politische Situation Griechenlands ist das Ergebnis einer langen Reihe verschiedener, unterschiedlicher und sich potenzierender Fehlentwicklungen und Fehler. Mit dem Beitritt zur Währungsunion und der Einführung des Euro wurden die strukturellen Probleme Griechenlands wie schwach entwickelte industrielle Produktion, bestimmender Anteil landwirtschaftlicher Produktion, Abhängigkeit von der Dienstleistung Tourismus, bürokratische, vom „Klientelismus“ beherrschte Verwaltung, überdeckt. Denn: die Einführung des Euro ermöglichte schlagartig eine Verbilligung der Zinsen und der Finanzierung auf Kredit und zwar sowohl im privaten, wie im zwischenstaatlichen Bereich. So entstand (im Schaubild deutlich in den Jahren 2004–2008) ein erstaunlicher wirtschaftlicher Aufschwung – aber letztlich kreditfinanziert. Mit dem Durchschlag der Finanz- und Bankenkrise auf Griechenland im Herbst 2009 begann der Einbruch der Wirtschaftsentwicklung forciert durch die seit 2010 beginnende „Austeritätspolitik“ der Eurogruppe und „Troika“ von Eurogruppe, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Das führte bis heute zu einer nahezu um ein Drittel schrumpfenden Wirtschaft.



Geringe Exporte / steigende Importe – negative Handelsbilanz

Dass der wirtschaftliche Aufschwung bis 2008 auf tönernen Füßen stand, zeigt – und zeigte bereits damals – die Handelsbilanz. Der wirtschaftliche Aufschwung bis etwa 2008 war begleitet von einer wachsenden negativen Handelsbilanz. Kurz gesagt: die Importe wuchsen dank der kreditfinanzierten steigenden Inlandsnachfrage immer noch stärker als die ohnehin relativ geringen Exporte. Das war ein Faktor des gegenüber dem Ausland ständig wachsenden Finanzierungsbedarfs der Entwicklung in Griechenland. Mit dem Wendepunkt der Finanz- und Bankenkrise 2009 und dem Beginn der Austeritätspolitik und der schrumpfenden griechischen Wirtschaft verringerte sich auch das Handelsbilanzdefizit, aber weitgehend nicht durch wachsende Exporte (außer der guten Entwicklung des Tourismus in 2014, in dieser Statistik noch nicht sichtbar) sondern durch Rückgang der Importe.



Zusätzlich: wachsende Schulden durch fortlaufende Haushaltsdefizite

Heute sind der Staatshaushalt und die Schere zwischen Steuereinnahmen und Staatsausgaben der hauptsächliche Ansatzpunkt der Austeritäts- und Memorandenpolitik. Es soll nicht nur eine „Schuldenbremse“ eingezogen werden, um laufende Neuverschuldung zu vermindern. Nein, es soll laut Memoranden ein „Primärüberschuss“ – also mehr Staatseinnahmen als Staatsausgaben ohne Zinszahlungen – erzielt werden. Die Entwicklung zwischen 2009 und 2014 lässt erahnen, um welchen Preis die Reduktion des Defizits bei weiterhin sinkenden Staatseinnahmen erkaufte wurde. Hinter diesem Ausmaß an Senkung der Staatsausgaben –

ohne Trendwende bei den Staats-, also Steuereinnahmen – steht eine menschenrechtsverletzende Politik der direkten Schädigung von Menschen: u.a. durch Zerstörung des Gesundheitswesens, durch wachsende Arbeitslosigkeit, durch drastische Rentenkürzungen. Heute schätzt die griechische Regierung die eigenen Steuerrückstände auf 76 Milliarden Euro und damit auf über 40 Prozent der Wirtschaftsleistung, und sie muss davon ausgehen, dass nur noch ein Bruchteil davon eintreibbar ist. Viele der Steuerschuldner sind inzwischen pleite.



Wachsende Staatsschulden nach Banken und Finanzkrise

Keine Betrachtung der heutigen Lage Griechenlands kann daran vorbei gehen, dass die Staatsverschuldung bereits vor der internationalen Banken- und Finanzkrise sehr hoch war und Griechenland sich nicht mehr am internationalen Kapitalmarkt – bzw. wenn, dann nur zu exorbitanten Zinsen – refinanzieren konnte. Im Mai 2010 erhielt Griechenland ein erstes sog. „Hilfspaket“, das auf drei Jahre ausgelegt war, im Umfang von 110 Mrd. €. Es war mit den ersten im entsprechenden Memorandum verankerten drastischen Restriktionsmaßnahmen verbunden. 2012 wurde dann in mehreren Schritten ein zweites Kreditprogramm aufgelegt, begleitet von einer Beteiligung privater Gläubiger („Schuldenschnitt“). Mit den Vereinbarungen vom 27. Februar 2015 wurde dieses „Paket“ bis Juni verlängert, wobei die Auszahlung von über 7 Mrd. Euro zurückgehalten wird, da der Eurogruppe die vorgelegten geplanten Reformmaßnahmen Griechenlands nicht ausreichen. Zu berücksichtigen bleibt auch, dass es außer diesen ausgewiesenen Staatsschulden noch fast 100 Mrd. Euro zusätzliche Schulden im Rahmen des Bankenverkehrs und kurzfristiger Liquiditätshilfen der Europäischen Zentralbank an griechische Banken gibt.



Staatsschulden inzwischen bei IWF, „Eurorettungsfonds“ (EFSF) und EU-Ländern

Die Zusammensetzung der Gläubiger hat sich seit Ausbruch der Banken- und Finanzkrise komplett verändert. Insofern ist es völlig richtig, davon zu sprechen, dass die sog. „Hilfsprogramme“ keine Hilfsprogramme sind, sondern Kreditprogramme, deren größter Teil für Umschuldungen verwendet wurde und laufend verwendet wird. Der Anteil öffentlicher Gläubiger (IWF, EZB, „Eurorettungsfonds“ (EFSF), EU-Länder) hat zugenommen. Private Gläubiger, also letztlich Banken, wurden mit den sog. „Hilfsgeldern“ ausbezahlt. „Im März 2012 einigte sich die griechische Regierung mit dem allergrößten Teil der Privatgläubiger auf einen Umtausch ihrer Anleihen. Dabei verzichteten die Privaten auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen, die griechische Schuldenlast sank um rund 107 Milliarden Euro.“ (Die Zeit, 2.2.2015, s. auch Statistik Staatsverschuldung).

Quelle für die Grafiken: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/und-Zeit, 2.2.2015>



Europäische Pressestimmen zum Konflikt zwischen Eurogruppe und griechischer Regierung

Schaut man sich alle drei bislang (im Februar, März und April) vorgelegten Reformlisten der jetzigen griechischen Regierung an, kann man feststellen, dass sie eine schrittweise konkretisierte Bestandsaufnahme der bislang nicht erfolgten eigenen Reformen (wie Steuerflucht, Schattenwirtschaft, Bürokratismus, Korruption etc.) darstellen in Verbindung mit einer Bilanzierung der von außen auferlegten „Reformmaßnahmen“. Und zwar stets zugespitzt auf die Benennung von eigenen Schritten der sofortigen Rücknahme bzw. Aufhebung dieser aufgezungenen Maßnahmen, die vor allem zu einer katastrophalen inneren Verelendung geführt haben.

In den deutschen Medien wird seit der jüngsten griechischen Überweisung an den IWF (die sichtlich überrascht hat...) die kommende Serie der aktuell nächstfälligen Ratenzahlungen aufgezählt, welche anstehen bis Mai. Und es wird auf den Gipfel der Eurogroup-Finanzminister in Riga am 24. April hingewiesen, bis zu dem die griechische Seite „endlich wirkliche Reformschritte ergreifen“ müsse. Nach allem, was bislang deutlich geworden ist bzw. Fakt ist, wird diese griechische Seite im Wesentlichen nicht von ihrem bisherigen Kurs abweichen. Die nachfolgend wiedergegebenen Pressestimmen sehen (überwiegend) diesen Kurs zumindest insoweit legitimiert, als sie sowohl eine grundsätzliche Überprüfung der dysfunktionalen Struktur der Euro-Zone (keine zugrundeliegenden gleichartigen Volkswirtschaften) wie auch der derzeit vorherrschenden ‚Sparpolitik‘ für unerlässlich halten.

Was sich insofern abzeichnet, ist, dass es zu jener wechselseitig vereinbarten Interimsphase kommen muss, welche die griechische Regierung von Anbeginn beantragt hatte, um sich soweit zu konsolidieren, dass der Schuldendienst ohne billigende Inkaufnahme der fortschreitenden inneren Verelendung geleistet werden kann. Diese Phase müsste, das liegt in der Logik der hier in Rede stehenden Sache, zumindest solange dauern bis Griechenland über einen leidlich effizienten Steuerstaat verfügt – und über die daraus generierbaren Eigenmittel. Es war bzw. ist klug, dass die griechische Seite von Anbeginn ganz ausdrücklich betont hat, dass sie die entstandenen Schulden aus eigener Kraft zurückzahlen möchte. Insbesondere auch deswegen, weil es sich um anteilige Schulden gegenüber EU-Mitgliedstaaten handelt – die ebenfalls in ähnlichen volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken ...

Hunno Hochberger

Lidové noviny – Tschechien, 2. Januar 2014: Volkswagen ist zu groß für Europa

Volkswagen will in den kommenden fünf Jahren 84 Milliarden Euro investieren und so der größte Autobauer der Welt werden. Unternehmen wie VW sind mit Schuld an den Ungleichheiten innerhalb der Euro-Zone, kommentiert die konservative Tageszeitung Lidové noviny: „In einer Rangliste der Bruttoinlandsprodukte souveräner Staaten würde Volkswagen [mit seinem Umsatz] Rang 55 von knapp 200 einnehmen, gemeinsam mit Rumänien und knapp hinter Tschechien. Fragt man nach den Gründen der Unausgewogenheit der Euro-Zone, wird gern von den Südländern geredet, die wirtschaftlich unverantwortlich handelten und wo die Menschen faul seien. Aber die Handelsdefizite der südlichen Staaten sind nur die eine Seite der Medaille. Die andere sind die Handelsüberschüsse der Nordländer und ganz konkret Deutschlands. Das wird durch den Erfolg Volkswagens illustriert. Weshalb subventionieren die Deutschen den Euro? Aus humanitären Gründen? Aus Solidarität? Ach was. Vor allem deshalb, damit sich auch die Südeuropäer ihren Volkswagen kaufen können.“

Les Echos – Frankreich, 22. Januar 2015: Für Joseph Stiglitz muss Syriza die Euro-Zone zur Vernunft bringen

Der wachsende Zuspruch zum grie-

chischen Linksbündnis Syriza vor den Parlamentswahl am kommenden Sonntag sollte von Politikern im Euro-Raum endlich als Aufruf zur Reform ihrer absurden Regeln gewertet werden, drängt Nobelpreisträger Joseph Stiglitz in der liberalen Wirtschaftszeitung Les Echos: „Falls Syriza stärkste Partei wird, aber nicht die Regierung übernimmt, wird ein Hauptgrund dafür die Furcht vor der Reaktion der EU sein. Furcht jedoch ist keine besonders edle Emotion und wird nicht zu jener Art von nationalem Konsens führen, den Griechenland braucht, um voranzukommen. Das Problem ist nicht Griechenland. Es ist Europa. Wenn Europa nicht den Kurs ändert – wenn es nicht die Euro-Zone reformiert und die Sparpolitik aufgibt –, wird eine Gegenreaktion seitens der Bevölkerung unvermeidlich sein. Vielleicht hält Griechenland diesmal noch am eingeschlagenen Weg fest. Auf die Dauer freilich kann dieser wirtschaftliche Irrsinn so nicht weitergehen; die Demokratie wird es nicht zulassen.“

Hospodářské noviny – Tschechien, 2. Februar 2015: Eurogruppe muss auf Athen zugehen

In den Verhandlungen müssen alle zurückstecken, nicht nur Griechenland, mahnt die Wirtschaftszeitung Hospodářské noviny: „Die Eurogruppe darf nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis Syriza zur Vernunft

kommt. Das Märchen, dass an allem nur die faulen Griechen Schuld tragen, die ihre Schulden nicht bezahlen wollen, stimmt nicht. Auch die Troika hat in der Griechenlandkrise viele Fehler gemacht. ... Ob es den Gläubigern gefällt oder nicht – die griechischen Schulden müssen verringert werden. Hätte die EU das schon früher getan, müsste Syriza jetzt gar nicht an der Macht sein. ... Andererseits muss man darauf bestehen, dass die Reformen weitergeführt werden. Einige Grundsätze dazu hat Syriza auch in ihrem Programm, vor allem, was den Kampf gegen Gruppeninteressen angeht.“

Jornal de Negócios – Portugal, 6. Februar 2015: Zentralbank vollstreckt Rache an den Griechen

Die Entscheidung der EZB, künftig keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheit für Bankkredite zu akzeptieren, ist nichts als ein Racheakt, der abschreckend wirken soll, schimpft die wirtschaftsliberale Tageszeitung Jornal de Negócios: „Die EZB ist zum offiziellen Söldner der Rachsucht gegen den auflehnenden Schrei des griechischen Volkes geworden. ... Offensichtlich gibt es so manche, die ein Exempel statuieren wollen. ... Das Handeln der EZB ist kein technisches. Es ist reine Politik: Wer den autoritären Regeln Berlins und Frankfurts nicht folgt, öffnet sich selbst die Tür aus dem Euro. Es ist traurig, denn Syrizas Sieg hatte Europa endlich dazu gebracht, die Zukunft und die Auswirkungen der Sparpolitik zu diskutieren.“

Salzburger Nachrichten – Österreich, 16. Februar 2015: EU sollte Arroganz gegenüber Athen beenden

Weniger Überheblichkeit gegenüber Südeuropa fordern die christlich-liberalen Salzburger Nachrichten: „Fünf Jahre bereits erzwingt die EU im Verbund mit der Europäischen Zentralbank und dem Währungsfonds sogenannte Reformen, die Griechenland sanieren sollen. Mit dem Effekt, dass die Wirtschaftsleistung des Landes heute um etwa 30 Prozent niedriger ist als vor dieser Aktion. Griechenland ist nicht saniert, protestiert und hält Europa einen Spiegel vor. Denn jene, die so eifrig anderen Reformen vorschreiben, haben selbst einen gigantischen Reformbedarf: Die EU fällt im Wettbewerb der großen Wirtschaftsblöcke zurück. Die Hybris der vermeintlich so erfolgreichen Nordeuropäer gegenüber den laschen Südeuropäern ist fehl am Platz.“

social-europe.eu – Großbritannien, 17. Februar 2015: Deutsches Spardiktat gefährdet ganze Euro-Zone

der Ökonom George Irvin in dem linken Blogportal Social Europe: „Was nun zählt, ist die Frage gemeinsamer

Verantwortlichkeit. ‚Gemeinschaftlichkeit‘ ist der bevorzugte Begriff. ... Neben Eurobonds braucht es in der gesamten Euro-Zone eine gemeinsame Fiskalpolitik, die wie in den USA staatliche Leistungen sowohl besteuert als auch verteilt. Für die einfachen Menschen bietet die Euro-Zone immer weniger. Derzeit offeriert sie nur eine von Deutschland angeführte endlose Sparpolitik, die auf einem exportorientierten Wachstumsmodell basiert.“

The Irish Times – Irland, 23. Februar 2015: Hut ab vor den rebellischen Griechen

Die linksliberale Tageszeitung The Irish Times: „Nach Jahren des hilflosen Herumtreibens bietet Griechenland nun einen interessanten Testfall. Die rebellische Neigung, die die Griechen derzeit an den Tag legen, hat etwas äußerst Anziehendes an sich. Ein Rebell, ein Außenseiter und ein Comeback – das ist etwas, was jeder mag und Griechenland steht nun für zwei dieser drei Charakteristika. ... Wenigstens drängt Syriza auf etwas. Es hat etwas sehr Anziehendes, ein Land der Euro-Zone dabei zu beobachten, wie es versucht, seine Eigenständigkeit zu erlangen. Das gilt ganz besonders aus einer irischen Perspektive, haben wir doch die Lenkung und Leitung unserer eigenen Angelegenheiten ausgelagert.“

Delo – Slowenien, 14. März 2015: Athens Misere ist nur ein Vorgeschmack

Die linksliberale Tageszeitung Delo: „Das Problem ist, dass die EU und Brüssel im Streit mit Athen a priori nicht recht haben können, weil die Mitgliedsländer noch immer so tun, als ob mit ihren Regeln alles in Ordnung sei. Und als sei eine weitere griechische Amputation unausweichlich. Berlin hat noch weniger recht, weil es erwiesenermaßen ganz Europa noch immer mit dem falschen Mittel heilen will und gewollt oder ungewollt zum Despoten in Europa geworden ist.“

ETC – Schweden – 2. April 2015: Deutsche Konservative bringen Unheil über Europa

Die linke Tageszeitung ETC: „Deutschland betreibt eine extreme Wirtschaftspolitik, die der übrigen EU aufgezwungen wurde, mit Massenarbeitslosigkeit, einem geschrumpften öffentlichen Sektor und weiteren Steuerensenkungen als Grundmodell für alle. Der einzige Grund, warum Schäuble das große Paket der EZB von einer Billion Euro zum Kauf von Staatsanleihen akzeptiert hat, war das Verbot, das Geld für staatliche Expansion oder für Griechenland auszugeben. Und so wird das Geld über die Banken an einen risikofreudigen Finanzmarkt transferiert – also an die Börsen. Die deutsche Politik verstärkt damit die Spekulationsblase über Europa.“

Quelle: <http://www.eurotopics.net/de/home/presseschau>

Bundesregierung sorgt für mehr Panzer und weniger Sicherheit

Immer konkreter werden die Meldungen, wonach die Bundesregierung die Wiederaufrüstung der Panzerwaffe betreibt. Der Bestand soll auf das mindestens Anderthalbfache aufwachsen und der schnellen Eingreiftruppe, die im Rahmen der Nato gebildet wird, zur Verfügung stehen. Politisch gerechtfertigt wird die Aufrüstung mit Forderungen der Nato-Mitglieder im Nordosten Europas, namentlich der baltischen Staaten und Polens, die Grenzen zur Russischen Föderation bzw. zu Weißrussland und zur Ukraine haben.

Militarisierte Grenzen im Osten Europas?

Das System politischer, d.h. durch gegenseitige Anerkennung der politischen Gewalten und vertraglich geregelte Übergänge für Menschen und Güter gebildeter Grenzen, das für eine zivil geprägte Entwicklung so wichtig ist, geht im Osten Europas unter. Quer durch die Ukraine zieht sich bereits eine Militärgrenze, die für zivile Austauschprozesse dicht ist und deren Verlauf durch wechselseitige Drohungen und tatsächliche Angriffe bestimmt wird. Nun ist auch noch die zivilste Grenze der Welt irgendwie militärisch gesichert, und in fast jedem Krieg bleiben Verhandlungskanäle zwischen den Kombattanten offen. Aber es macht einen großen Unterschied, ob die Grenzbeziehungen nach der Logik von Drohung und Gegendrohung gestaltet werden, oder nach der Logik geregelter und von beiden Seiten geschützter Übergänge und Austauschmöglichkeiten.

Das Prinzip der Militärgrenze – labiles Gleichgewicht von Drohung und Gegendrohung – bestimmt nicht nur die Ereignisse in der Ukraine. Da in den Ukraine-Krieg auf der einen Seite Russland und auf der anderen Seite die Nato-Staaten eingemischt sind, kommt es zu einem Strukturwandel im gesamten Grenzgebiet vom Nordmeer bis zum Schwarzen Meer. Die finnischen Parteien diskutieren die Annäherung des Landes an die Nato, die Regierungen der baltischen Länder und Polens fordern bei jeder Gelegenheit Präsenz der Nato, die in diesen Gebieten mit ihrer Luftwaffe präsent ist und großräumige Manöver mit Bodentruppen durchführt. Aufsehen hat der US-Panzerkonvoi erregt, der jüngst öffentlichkeitswirksam von Estland nach Deutschland geführt wurde.

Warum Panzer?

Die seit bald zwei Jahrzehnten ablaufende Abrüstung der gepanzerten Streitkräfte in Mitteleuropa hatte ihre Wurzel in der Verschiebung des poli-

tischen und des militärischen Kriegsbildes.

Politisch relevant war die Vermutung, dass es zu Kriegshandlungen zwischen industriell entwickelten Staaten in Mitteleuropa nicht kommen werde. Sie ist durch den Ukraine-Krieg widerlegt.

Militärtechnisch erheblich war die Annahme, dass die Panzer mit Lenk Waffen oder von Flugkörpern aus bekämpft werden könnten. Erfahrungen auf zwei Kriegsschauplätzen haben diese Doktrin relativiert.

So hat sich herausgestellt, dass insbesondere die Verfügung über Panzer aus der Zerfallsmasse der irakischen und wohl auch syrischen Armee dem IS schnelle Vorstöße und große Raumgewinne ermöglichte. Die weiten Landgebiete und dörflichen Siedlungen waren der Kombination von Panzervorstoß und leicht motorisierten Mordbanden ausgeliefert. Die Milizen der Selbstverteidigung konnten diese Vorstöße erst am Rand von fester gebauten Städten, namentlich Kobane, aufhalten. Es hat in diesem Krieg auch gezeigt, dass die vom IS eingesetzten Panzer aus der Luft nicht ausgeschaltet werden konnten. Wegen der hoch entwickelten Boden-Luft-Abwehr kann die Luft Herrschaft nicht jederzeit hergestellt werden. Der IS hat diesen Sachverhalt durch die öffentliche Verbrennung eines Kampfpiloten grausam demonstriert. Die Lieferung von Panzerabwehrwaffen an die kurdischen Infanteriekräfte hat die taktische Kombination von Mordbanden und Panzern nur aufhalten können. So lange der IS Munition, Betriebsmittel und Ersatzteile aus den Depots untergegangener Armeeteile des Iraks oder Syriens bezieht, wird seine Herrschaft über weite Gebiete des Mittleren Ostens nur langsam und unter furchtbaren Verlusten an Zivilbevölkerung und Kämpfern zu brechen sein. Diese taktische Situation hat sich in den Kampfhandlungen der letzten Jahre herausgebildet, sie hat dazu geführt, dass Staaten der Region, so etwa Saudi-Arabien, Panzer beschaffen bzw. wie die Türkische Republik erhalten. So hatte die deutsche Panzerindustrie auch in der Zeit des Abbaus der Panzerwaffe bei der Bundeswehr keinen Mangel an Nachfragern.

Auch bei den politisch ganz anders gelagerten Kriegshandlungen im Osten der Ukraine hat sich Bedeutung der gepanzerten Kräfte gezeigt. Im Verbund von gepanzerten mit irregulären Kräften entstand im Osten der Ukraine eine Militärmacht, die von der ukrainischen Armee nicht überwunden werden konnte. Nach einer Vielzahl von Pressemeldungen war das

Kriegsgerät der ukrainischen Armee (Kiew) veraltet. Sicher ist, dass es am Boden der Ostukraine eine so starke und moderne Luftabwehr gab, dass die ohnehin schwachen ukrainischen Luftstreitkräfte keine entscheidende Rolle spielen konnten. Den wesentlichen Beleg für die Bedeutung der gepanzerten Kräfte in diesem Konflikt liefert das Minsker Abkommen mit seiner Forderung, die sog. „schweren Waffen“ von der Frontlinie zurückzuführen.

Die Militärgrenze, die sich durch die Ukraine zieht, wird durch ein System schwerer, d.h. gepanzerter und beweglicher Waffen markiert. Die dazu nötige technisch-wirtschaftliche Basis stellt auf der einen Seite die Russische Föderation, auf der anderen Seite die Nato. Auf beiden Seiten spielen irregulär Bewaffnete eine bedeutende Rolle, ein im politischen Kräftefeld zwischen Staaten fixierter Waffenstillstand kann somit jederzeit provokativ aufgebrochen werden.

Der Panzer schafft eine Umgebung, in der Mordbanden mit der Bereitschaft und den einfachen Mitteln zum Verbrechen von Selbstverteidigungskräften oder auch von Polizei nicht aufgehalten werden können.

Militärgrenze ist Zivilisationsverlust. Wie kam es dazu?

Wie konnte es dazu kommen, dass an die Stelle eines durch Völkerrecht und Verträge gesicherten, für vielerlei Beziehungen geöffneten, tendenziell zivilen Grenzregimes ein militärisches, tendenziell kriegsmäßiges getreten ist?

Daran hat die öffentliche Meinung Mitteleuropas großen Anteil. Sie hat nämlich die erkennbar zügellose Maidan-Bewegung als Aufkeimen einer vorbildlichen Demokratiebewegung im Osten Europas interpretieren wollen, wobei die Erwartung im Raum stand, die Bewegung würde auf die großen Städte der russischen Föderation übergreifen. Heute ist es offensichtlich, dass diese Möglichkeit von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung der Russischen Föderation mit den aus der Zeit des Untergangs der Sowjetunion bekannten Schrecken der Destabilisierung verbunden wurde. So hat sich die überwiegende öffentliche Meinung Russlands hinter der Regierung Putin gruppiert, was auf die russischsprachigen Bevölkerungsteile in anderen Ländern und Regionen des östlichen Europas ausstrahlt.

Was hat die öffentliche Meinung des Westens an eine staatsbildende Zukunft der Maidan-Bewegung glauben lassen? Ein Leben in sicheren Rechtsverhältnissen und gewährleisteten Menschenrechten steht nicht nur in der Uno-Charta als Wert geschrieben steht, sondern wird von vielen Menschen überall auf der Welt auch ganz

persönlich angestrebt. Kulturelle, wirtschaftliche und politische Bewegungen, sind jedoch in der Wahl des Entwicklungspfad nicht so frei, wie es die Gedanken der Einzelnen sein können. Sie können sich politisch durchsetzen, indem sie die geschichtlichen Gegebenheiten, ihre Ausgangslange spezifisch verarbeiten. Sie sind pfadabhängig, und das hat die öffentliche Meinung des Westens mit Blick auf die Ukraine nicht in Betracht gezogen, und sie tut es mit Blick auf die Russische Föderation und die Regionen und Staaten Eurasiens auch heute noch nicht. Die Staatspolitik, die professionell sein und es besser wissen sollte, hat sich von diesem Medientrend mitziehen lassen, ihn durch politische Versprechungen und Angebote erweitert und so politische Bewegungen gefördert, die in der Ukraine von Teilen der Bevölkerung und in etlichen Regionen als hochriskant und lebensgefährlich bewertet wurden, so dass die demokratischen Verfahren nicht mehr griffen, wechselseitig entstanden wirkliche oder vermeintliche Notwehrsituationen, die Ukraine geriet auf den Abweg des fehlschlagenden Staates, die streitenden Parteien überleben durch Unterstützung aus dem Ausland, hier durch die Russische Föderation, da durch die Nato-Staaten des Westens. Die Abwendung von demokratischen Verfahren zum politischen Machtwechsel, die Teil der Maidan-Bewegung war, kann als Ausgangspunkt des Unglücks lokalisiert werden, das Destabilisierung bis hin zu Gebietsverlusten nach sich zog. So ist eine Lage entstanden, in der nicht mehr in der Ukraine verhandelt und entschieden wird, sondern in einem Konglomerat von Mächten. Wenn der Schrecken des Krieges in der Ukraine ein Ende nehmen soll, muss eine politische Umgebung geschaffen werden, die den streitenden Parteien eine Perspektive zeigt.

Beziehungen zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsföderation entwickeln

Es ist satzungsbekannt, dass sich die Russische Föderation als Land mit großen Entwicklungspotentialen, aber eben auch mit großen Entwicklungslücken betrachtet. Nach den politischen Vorfällen der letzten Jahre wird sich diese Entwicklung nicht auf dem Wege untergeordneter Ähnlichkeit an Europa vollziehen.

Viel wahrscheinlicher ist, dass sich im osteuropäisch/westasiatischen Raum politische-wirtschaftliche Zusammenhänge stabilisieren, die von Europa und den USA unabhängig bleiben.

Wenn das der Fall ist, steht die Frage, wie die Schnittstelle bzw. Grenze zwischen diesen weltwirtschaftlich und weltpolitisch relevanten Systemen, die



Eurasische Wirtschaftsunion: Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Weißrussland

im östlichen Europa verläuft, gestaltet werden soll.

Soll sie sich als Militärgrenze verfestigen, müssen die USA und Europa bloß den Weg der Sanktionen weitergehen. Es gibt Bestrebungen in diese Richtung.

Es gibt aber auch Alternativen, und sie schimmern ab und zu sogar in Regierungsaussagen durch, z.B. wenn Bundeskanzlerin Merkle anregt, mit der Russischen Föderation über Beziehungen zwischen der EU und der in Bildung begriffenen Eurasischen Wirtschaftsföderation zu sprechen.

Nach aktuellen Nachrichten kommt es an der Demarkationslinie, die den Osten vom Westen der Ukraine trennt, neuerlich zu Kampfhandlungen mit schweren Waffen. Selbst die eher von Sympathie für die Handlungen des Maidan inspirierte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ deutet an, dass die Regierung in Kiew die Kontrolle über die von ihr ausgerüsteten Freischärlertruppen nicht ausüben kann.

Es ist zu befürchten, dass die Spannungen, Unruhen und Provokationen im Grenzgebiet erst abklingen werden, wenn die Großen, die im Westen wie im Osten die Konfliktpotentiale nähren, zivile Handlungsziele in Spiel bringen, kulturelle und wirtschaftliche Austauschprozesse, die allen Beteiligten Raum für eine selbständige Entwicklung lassen.

Nach der Befreiung Europas vom Naziregime hatten die USA die politische Weitsicht, nicht etwa die Verwandlung des in jeder Hinsicht geschwächten Westeuropas in abhängige Gebiete anzustreben, sondern die Verständigung und ihr Zusammenfinden in der EU. In der heutigen, ganz anderen Situation ließe sich daraus doch die Vermutung ziehen, dass die Entstehung einer Eurasischen Föderation von Europa aus nicht als Gefahr, sondern als Chance begriffen werden – und durch Angebote der Zusammenarbeit gestaltet werden könnte.

Würde sich die Russische Föderation beim gegenwärtigen Stand der Dinge auf einen solchen Prozess überhaupt einlassen? Das könnten die EU und die Nato Staaten herausfinden, indem sie einen solchen Weg einschlagen.

Martin Fochler

Polen: Hafengewerkschaft wird Zutritt verwehrt

Die ITF hat ihrer polnischen Mitgliedsorganisation Solidarnosc ihre Unterstützung ausgesprochen, nachdem Organisationsbeauftragten der Gewerkschaft der Zutritt zum wachstumsstärksten Hafenterminal Polens verweigert wurde. Das Zutrittsverbot zum Terminal DCT Gdansk folgte auf einen Protest von 30 Hafenbeschäftigten vor dem Büro des Generaldirektors gegen die Kündigung eines führenden Gewerkschaftsmitglieds in der vergangenen Woche. Fast 50 Prozent der Beschäftigten im Hafen sind gewerkschaftlich organisiert. Dessen ungeachtet ignoriert die Unternehmensleitung die von der Gewerkschaft vorgebrachten Probleme im Hinblick auf Bezahlung, Verträge, konstruktive Verhandlungen, Konsultationen und Urlaubsregelungen. Zudem hat sie eine Rechtsfirma beauftragt, mit der Gewerkschaft über einen Kollektivvertrag zu verhandeln, anstatt sich selbst mit ihr an einen Tisch zu setzen. DCT Gdansk hat vor kurzem Darlehen in Höhe von 290 Mio. Euro für Expansionsmaßnahmen erhalten und plant die Einstellung von 1.500 Arbeitskräften, um die wachsende Nachfrage nach Hochsee-Terminaldiensten in Mittel- und Osteuropa zu bedienen. Einige dieser Darlehen wurden von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) gewährt. ITF-Vertreter/innen befinden sich mit der Bank im Dialog über die Leistungsanforderungen an ihre Kunden, wonach Arbeitnehmer/innen nicht daran gehindert werden dürfen, Beschäftigtenorganisationen ihrer Wahl beizutreten oder Kollektivverhandlungen zu führen, und Beschäftigte, die Mitglieder solcher Organisationen sind, nicht diskriminiert werden dürfen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 18.3.2015

Portugal: Proteste gegen Sozialabbau

Am Aktionstag am 7. März sind in der Hauptstadt Lissabon, in Porto und zehn weiteren portugiesischen Städten Tausende Menschen für einen politischen Richtungswechsel auf die Straße gegangen. Sie folgten einem Aufruf der größten Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical unter der Losung: „Mit rechter Politik brechen – eine linke und souveräne Alternative schaffen.“ Die Demonstrierenden protestierten gegen prekäre Beschäftigung und forderten eine allgemeine Lohnerhöhung und kürzere Arbeitszeiten. Auf der zentralen Kundgebung in Lissabon betonte Gewerkschaftsführer Arménio Carlos, Portugal befinde sich nach wie vor „in einer dramatischen Situation“. Die während der vergangenen

Jahrzehnte verfolgte Politik habe das Land den Interessen des Großkapitals unterworfen. Sie habe strategische Bereiche der Wirtschaft unterminiert und mittels Privatisierungen den Sozialstaat ausgehöhlt, so der Gewerkschafter. Dass Portugal nicht mehr im Hilfsprogramm der Troika sei, bedeute nicht das Ende äußerer Einmischung und des fortgesetzten Sozialabbaus.

Quelle: [Ver.di publik](http://www.ver.di), 2.4.2015

Malta: Streik bei HSBC-Bank

Seit dem 1. April streiken die Beschäftigten der weltweit unrühmlich bekannten britischen Großbank HSBC. Der Grund ist, dass die Unternehmensleitung im Zuge der weltweiten Umstrukturierungen aus bestehenden Tarifverträgen aussteigen möchte. Etwas über 800 der rund 900 HSBC-Beschäftigten beteiligen sich an dem Streik, der auch nach Ostern andauert – und auch von der Drohung der Aussperrung ließen sie sich nicht einschüchtern.

Quelle: <http://www.maltatoday.com>

Kenia: Fahrer protestieren gegen 24-Stunden-Schichten

Vor einigen Tagen wurden LKW-Fahrer in Kenia, die für das Unternehmen Agility Global Integrated Logistics arbeiten, von Sicherheitskräften geschlagen, mit Schusswaffen bedroht und gezwungen, ihre Lkws zu einem Unternehmensstandort zu fahren. Ein Fahrer kommentierte „Ich war mir sicher, dass sie uns tot sehen wollten“. Mit der brutalen Polizeiaktion sollten Proteste der Fahrer unterdrückt werden, die zuvor in und zwischen den Städten Maungu, Voi und Mai Mahiu gezwungen worden waren, bis zu 24 Stunden am Stück zu arbeiten. Die Protestaktion hatte den nördlichen Transportkorridor in Kenia lahmgelegt. Die Forderung der Trucker war, dass das Unternehmen ihre Gewerkschaft anerkennen und sie mit Respekt behandeln solle. Inzwischen haben die 80 kenianischen LKW-Fahrer die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem eine Vereinbarung erzielt worden ist. Sie benötigen jedoch immer noch die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, um Tarifverhandlungen führen zu können.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 15.3.2015

Bangladesch: Todesopfer in Zementfabrik

„Die Behörden in Bangladesch haben keine Lehren aus früheren Unfällen gezogen, erneut hat der Einsatz von minderwertigem Material, das Vorliegen struktureller Mängel sowie der Verstoß gegen Gesundheits- und Sicherheitsstandards acht Menschenle-

ben gekostet und 46 weitere verletzt,“ erläutert BWWWF-Generalsekretär Shahidul Alam und brachte damit sein Entsetzen und seine Enttäuschung zum Ausdruck. Vom 18. bis zum 20. März begaben sich Vertreter der BHI gemeinsam mit Vertretern ihrer Mitgliedsgewerkschaften BSBWWF und BSBWWF in die Mongla-Zementfabrik im ca. 300 Kilometer von Dhaka entfernten Bagehat-Distrikt, wo sich das Unglück am 12. März dieses Jahres ereignet hatte. Im Rahmen dieser aufgrund des Unglücks eingeleiteten Mission besuchten sie die Familien der Opfer, verletzte Arbeitnehmer und trafen lokale Entscheidungsträger und Vertreter der Behörden. Im Rahmen der Gespräche wurde die große Nachlässigkeit und grobe Missachtung der Gesundheits- und Sicherheitsstandards deutlich, auf die der Verlust von Menschenleben und die Verletzungen zurückzuführen sind. Khadiza Akhtar, Ehefrau des verstorbenen Arbeitnehmers Bakir Billah, stellte fest: „Wir haben bei diesem Unfall unseren einzigen Brotverdiener verloren. Das einzige was uns jetzt bleibt ist eine erbärmliche Entschädigung von 100 000 Taka. Wird dies etwas dem Leben eines Arbeitnehmers gerecht?“ Gemäß der Arbeitsgesetzgebung von Bangladesch entspricht die Entschädigung im Falle des Todes eines Arbeitnehmers am Arbeitsplatz 100 000 Taka (dies entspricht 1.250 US-Dollar). Von der lokalen Verwaltung haben die Angehörigen zusätzliche 20 000 Taka (250 US-Dollar) erhalten. Die Familien der bei dem Unglück verstorbenen und verletzten Arbeitnehmer brachten ihre Wut über die geringe Entschädigung zum Ausdruck. Sie wird den Familien, die bei dem Unglück ihren einzigen Brotverdiener entweder verloren haben oder der dabei verletzt wurde, nicht gerecht. Gemeinsam mit anderen Partnern wird derzeit eine Kampagne ausgearbeitet, in deren Rahmen eine höhere Entschädigung für die Opfer gefordert wird. Zusätzlich wird die Einleitung rechtlicher Schritte überprüft. Darüber hinaus wird weiter darauf hingewirkt, dass Bangladesch seine Arbeitsgesetzgebung überarbeitet sowie die ILO-Übereinkünfte 155 und 167 ratifiziert.

Quelle: <http://www.bwint.org>, (Bau- und Holzarbeiter Internationale), 7.4.2015

Vietnam: Tausende Arbeiter im Streik

In einer Fabrik für Schuhe von Adidas und Nike in Ho-Chi-Min-Stadt waren Anfang April mehrer tausend Arbeiter im Streik. Der Gewerkschaftsbund appellierte an die Beschäftigten, zur Arbeit zurückzukehren. Es gehe nicht um Arbeitsbedingungen, sondern um eine neue staatliche Sozialversicherung.



Bisher ist die Regelung so, dass diejenigen, die den Job wechseln, einen Sozialversicherungsbeitrag erhalten. Nach Vorstellungen der Regierung sollte dies dahingehend geändert werden, dass die Arbeiter diese Leistung mit Eintritt in das Rentenalter erhalten, wobei festgelegte Bestimmungen erfüllt werden müssen, die viele Arbeiter bei Renteneintritt nicht erreichen. Betroffen war die taiwanesischen Fabrik Pou Yuen bei Ho-Chi-Minh-Stadt. Dort arbeiten rund 90 000 Menschen. Tausende hatten die Arbeit dort niedergelegt und umliegende Straßen zeitweise besetzt. Vor Ort waren Hunderte Polizisten, berichteten Lokalmedien. „Wir verstehen ihr Anliegen und haben das Arbeitsministerium und den Regierungschef gebeten, sich darum zu kümmern“, sagte der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Dang Ngoc Tung, der Zeitung „Labor“. Adidas bestätigte den Streik. Man sei in engem Kontakt mit dem Zulieferer, sagte eine Unternehmenssprecherin. „Wir hoffen, dass die Parteien an einen Tisch kommen und schnell eine Lösung finden.“ Die Fabrik ist einer von mehr 1000 Adidas-Zulieferern, allerdings einer der etwas größeren. In Vietnam kontrolliert der kommunistische Einparteiensstaat den Sektor streng, Streiks sind selten. Bei steigenden Löhnen in China haben sich in Vietnam in den vergangenen Jahren Tausende Firmen mit teils riesigen Fabriken angesiedelt. Nach einer Woche wurde der Streik beendet, nachdem die Regierung beschlossen hatte, die geplanten Änderungen des Sozialversicherungsschutzes zu überarbeiten und eine Lösung zu suchen, bei der die Arbeiter zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Auszahlung wählen

können. Jyrki Raina, Generalsekretär von IndustriALL, führte aus, der Streik habe die Notwendigkeit gezeigt für einen verbesserten sozialen Dialog, um langfristige Lösungen für den Aufbau eines nachhaltigen Sozialversicherungssystem in Vietnam zu finden.

Quellen: dpa, 1.4.2015, <http://www.industriallunion.org>, 9.4.2015

Indonesien: Gericht hebt Wasserprivatisierung auf

Das Central Jakarta Amtsgericht hat am 24. März die weltgrößten Wasserprivatisierungsverträge von Suez (PT PAMJaya Lyonnaise-PALYJA) und Aetra annulliert und stellte fest, dass die öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) fahrlässig in das Menschenrecht auf Wasser für die Bewohner Jakartas eingreifen. Die Entscheidung des Gerichts ist der Höhepunkt von 18 Jahren Widerstand einer breiten Koalition von Jakartas Einwohnern, Gewerkschaften und anderen Aktivisten für Wassergerechtigkeit. Sie waren verärgert über die kontinuierlichen Manipulationen der privaten Betreiber, die im Gegensatz zu ihren Gewinnen keine Verbesserung der Wasserdienstleistungen erbrachten. Die Wassertarife wuchsen um das Vierfache seit der Privatisierung und waren 2,7mal höher als das der öffentlichen Betreiber in Surabaya, der zweitgrößte Stadt Indonesiens. Rosa Pavanelli, Generalsekretärin des Weltgewerkschaftsbundes Internationale der Öffentlichen Dienste, sagte: „Die gestrige Entscheidung ist nicht nur ein Erfolg für die Bürger und Arbeitnehmer von Jakarta, sondern auch für die globale Wasserbewegung. Es ist ein weiterer Beweis der verfehlten und kurzschichtigen Privatisierungsstrategien der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank, die nicht nur unerwünscht sind, sondern illegal. Wir appellieren an die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank, unverzüglich Abstand zu nehmen von allen Privatisierungsinitiativen im Wasser- und Abwassersektor, einschließlich in Nagpur und Mysore in Indien und in Lagos, Nigeria.“

Quelle: <http://www.world-psi.org>, 25.3.2015

Neuseeland: Sieg der Unite gegen Null-Stundenverträge

Die IUL-Mitgliedsorganisation Unite hat mit Restaurant Brands New Zealand Limited, der in Neuseeland die Ketten KFC, Pizza Hut, Carl's Jr und Starbucks gehören, eine wichtige Vereinbarung getroffen. Ein im Juli in Kraft tretender neuer Kollektivvertrag macht Schluss mit den „Null-Stundenverträgen“. Den Mitarbeitern werden darin mindestens 80% der durchschnittlichen Arbeitszeit der drei vorhergehenden Monate bis maximal 32

Wochenstunden garantiert. Unite vertritt bei der Kette 2 000 Mitglieder und wird in den nächsten Wochen eine Abstimmung unter den Mitgliedern abhalten, um die neuen Bedingungen zu ratifizieren. „Für die Beschäftigten in der Fast-Food-Industrie ist das ein Riesenschritt vorwärts“, sagt Mike Treen, der nationale Vorsitzende von Unite. McDonald's, Burger King und Wendy's weigern sich nach wie vor, sich in dieser Hinsicht in eine sinnvolle Richtung zu bewegen; die Gewerkschaftsmitglieder dieser drei Ketten haben nun für Arbeitskampfmaßnahmen und eine öffentliche Kampagne gestimmt, um die Unternehmen davon zu überzeugen, dass sie die Null-Stundenverträge ebenfalls aufgeben müssen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 9.4.2015

Ecuador: Wiedereinstellung von Jimena López

Acht ITF-Gewerkschafterinnen leiteten im Rahmen einer Solidaritätsmission vom 7. bis 13. März eine Veranstaltungswoche zur Unterstützung von Jimena López, der Generalsekretärin und Gründerin der Gewerkschaft Sindicato de Trabajadores de Aerolane (SITA), in Quito (Ecuador). Die der Delegation angehörenden Vertreterinnen von Luftverkehrsgewerkschaften aus Argentinien, Chile, Guayana und Großbritannien unterstützten die Forderung der Beschäftigten bei der Fluggesellschaft LAN Ecuador, Teil der LATAM Airlines Group, nach Anerkennung der SITA und Wiedereinstellung von López, die als Flugbegleiterin bei LAN Ecuador tätig war, bis sie nach einer erfolgreichen Mitgliederwerbekampagne ihrer Gewerkschaft entlassen wurde. Die Delegationsmitglieder sprachen auf der Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Quito, verteilten Flugblätter in Flughäfen, gaben Zeitungs- und Fernsehinterviews und trafen mit zwei Ministern, dem Vizepräsidenten, drei Richtern und sechs Rechtsberatern zusammen, um Unterstützung für ihre Forderung nach Gerechtigkeit zu gewinnen. Jimena López erklärte in einer Stellungnahme: „Ich danke der gesamten Delegation, die zu meiner Unterstützung hierher kam. Ihre Hilfe ist unschätzbar. Alle Aktivitäten, die seit ihrer Ankunft durchgeführt wurden, kamen genau zur rechten Zeit und waren sehr wichtig. Ihr Besuch hat wirklich etwas bewirkt und viele Türen geöffnet.“ Aufbauend auf der Kampagne zum Internationalen Frauentag werden die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften sich mit Unterstützung der Regierung Ecuadors weiter für die Wiedereinstellung von Jimena López einsetzen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 18.3.2015



Ukraine im Fokus – Abrüstung ist das Gebot der Stunde – Friedensratschlag: Jetzt den Blick auf den Tag der Befreiung

Entgegen mancher böswilligen Vorausschau zogen die Organisatoren der diesjährigen Ostermärsche eine positive Bilanz: Dies bezieht sich nicht nur auf die – leicht – gestiegenen Teilnehmerzahlen (an 100 Orten waren mehr als 10 000 Menschen in Bewegung), und auch nicht nur auf die relative einheitliche Agenda (von der Eskalation im Ukraine-Konflikt bis zum Stopp der Rüstung hier zu Lande), sondern auch auf die Tatsache, dass die Friedensbewegung mit den Ostermärschen ihre Forderungen auf die Straße bringen kann. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand – noch mehr als im vergangenen Jahr – der Konflikt in der und um die Ukraine. Es geht dabei nicht nur um die Zukunft dieses Landes, das derart heruntergewirtschaftet ist, dass es lange Zeit am Tropf der EU bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion hängen würde. Es geht auch um die Behandlung Russlands durch den Westen, insbesondere durch die Nato. Lühr Henken, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, brachte in seiner Ostermarschrede in Kiel die Hauptforderungen der Friedensbewegung auf den Punkt: „Wir brauchen Kooperation statt Konfrontation. Es ist Zeit für eine neue Entspannungspolitik!“, rief er unter dem Beifall der Anwesenden und präzierte zugleich, was das konkret heißen könnte: Aufwertung und Stärkung der OSZE, die wirksame Rüstungskontrollen in allen Landesteilen durchführen müsse; direkte Verhandlungen zwischen der ukrainischen Regierung in Kiew und den Aufständischen im Osten; die Garantie des neutralen Status der Ukraine (d.h. der militärischen Unabhängigkeit von Nato und Russland) sowie eine Abmachung über konventionelle und atomare Abrüstung in Europa. Aufrüstung in Deutschland hat einen zusätzlichen Namen: Kampfdrohnen. Wie vor wenigen Tagen bekannt wurde, hat die Bundesregierung ein milliarden schweres Beschaffungspaket für Spionage- und

Kampfdrohnen geschnürt: Bis 2025 sollen europäische bewaffnete Drohnen in Dienst gestellt werden; bis dahin sollen US-amerikanische und israelische Kampfdrohnen die Fähigkeitslücke schließen helfen. Hinzu kommen weitere Aufrüstungsprogramme: Herzstück ist die strategische Verlegefähigkeit per Luft; neue A400 M-Kampfzonentransporter werden passgenau angefertigt: Für nagelneue Kampf- und Transporthelikopter, für Schützenpanzer und Mannschaftstransportfahrzeuge – und Hightech-Infanteristen, die aus der Ladeluke abspringen können. Das Heer wird für die Aufstandsbe-kämpfung insbesondere in der Stadt optimiert (hierfür wird in der Nähe Magdeburgs ein Gefechtszentrum gebaut). Die Marine wird mit Korvetten und Fregatten ausgerüstet, mit denen weit in das Innere fremder Länder geschossen werden kann. Und worum geht es dabei? „Die Bundeswehreinsätze sollen Handelswege sichern und Zugänge zu Rohstoffen ermöglichen“ – so wiederum Lühr Henken in Kiel. Der deutsche Waffenspezialist und Kriegsgegner Jürgen Grässlin nannte beim Start des Ostermarsches Rhein-Ruhr auf dem Marktplatz in Düsseldorf insgesamt 16 Rüstungsexportfälle, die zweierlei deutlich machen: 1. Wie es kommt, dass Deutschland sich unter den Rüstungsexportnationen auf Platz 4, vorübergehend sogar auf Platz 3 vorschieben konnte; 2. welche Staaten – allesamt keine menschenrechtlichen Musterknaben – in den Besitz deutscher Waffen und Waffentechnologie kamen. Darunter etwa Ägypten, Libyen, Algerien, Saudi-Arabien, Kroatien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Kuwait.

Auf fast allen Ostermärschen wurde dieser Umstand beim Namen genannt und gefordert, dass die Bundesregierung diese skandalöse Exportpraxis endlich aufgibt. Die Friedensbewegung ist eine antifaschistische Bewegung. Daher wurde in allen Reden und

Abschluss-Resolutionen der 70. Jahrestag der Befreiung angesprochen, der am 8. Mai begangen wird. Am 8. und 9. Mai 2015 werden in vielen Städten und Gedenkort unter Federführung der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen) Demonstrationen, Kundgebungen und Friedensfeste zur Erinnerung an das Ende des verbrecherischen 2. Weltkriegs begangen. Auch hier wird es keinen Platz für Kriegsverharmloser oder Holocaust-Leugner geben.
www.friedensratschlag.de

Kleinbauern in Afrika echte Entwicklungschancen bieten!

BERLIN. Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (Venro) fordert, zur Sicherung der Welternährung die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu stärken. Anlass ist die heutige Auftaktveranstaltung der Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Berlin. „Weltweit hungern mehr als 800 Millionen Menschen und zwei Milliarden Menschen sind mangelernährt. Angesichts dieser beschämenden Zahlen ist eine grundsätzliche Neuausrichtung der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zwingend notwendig“, sagt Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von Venro. „Bedürfnisse der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern müssen konsequent ins Zentrum einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik gestellt werden. Sie sind die größten und wichtigsten Investoren in der Landwirtschaft.“

Mit der Initiative „EINEWELT ohne Hunger“ will das BMZ zur Beseitigung von Hunger und Mangelernährung in der Welt beitragen. Diese Schwerpunktsetzung wird von Venro ausdrücklich begrüßt. Theoretisch nehme die Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bei der Sonderinitiative eine zentrale Rolle ein, so Bornhorst. Vor allem im Bereich der Landpolitik und der Bodenrehabilitation seien auch gute Ansätze sichtbar. Aber dem BMZ müsse es um mehr gehen. „Sicherung der Ressourcen und Hungerbekämpfung ist das eine, echte Entwicklungsperspektiven für bislang marginalisierte Gruppen das andere.“ Statt auf breite, informelle Märkte lege die Sonderinitiative einen viel zu engen Fokus auf wenige, konzerndominierte Produktketten. „Der bisherige Ansatz des BMZ übersieht die Potenziale einer großen Mehrheit von familiären bäuerlichen Betrieben. Über agrar-ökologische Methoden müssen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern Entwicklungswege eröffnet werden, die Ernährung und Einkommen sichern“, so Bernd Bornhorst.
<http://venro.org/presse/>

TTIP, CETA, TISA in die Tonne! Demokratie und soziale Rechte statt Handelspolitik für Konzerne!

BERLIN. Attac Deutschland ruft gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in der ganzen Welt zum globalen Aktionstag am 18. April 2015 auf, um die Freihandels- und Investitionsschutzabkommen der Konzerne zu stoppen und eine Wirtschaftspolitik zu fordern, die den Menschen dient und die Umwelt schützt. Konzerne und Regierungen haben über Jahrzehnte hinter verschlossenen Türen Handels- und Investorenschutzabkommen durchgesetzt, die weltweit unsere Rechte untergraben und die Umwelt zerstören. Doch die Proteste gegen die anti-demokratische und unsoziale Handelspolitik der EU-Kommission und der Regierungen werden stärker! Der öffentliche Druck streut Sand ins Getriebe der Verhandlungen. Trotzdem versuchen die EU-Kommission und hier die CDU-SPD-Regierung unnachgiebig, eine Handelspolitik im Interesse der großen Konzerne weiter durchzusetzen. Vergeblich haben sich die EU-Kommission und die Regierungen bemüht, die geheimen Handelsverhandlungen aus der öffentlichen Diskussion zu halten. Dann wurde versucht, der kritischen Öffentlichkeit das nordatlantische Wirtschaftsabkommen TTIP mit leeren Job- und Wachstumsversprechungen zu verkaufen. Tatsächlich droht jedoch eine schärfere Standortkonkurrenz, ein Verlust von Arbeitsplätzen und Druck auf die Löhne. „Freie Fahrt für Konzerne und Banken Handelshemmnis. BusinessEurope, der Verband der europäischen Unternehmensverbände, und die American Chamber of Commerce, die US-Handelskammer, wie auch andere Lobbyorganisationen führen den Verhandlern die Feder ... Wir fordern, dass sich das Europäische Parlament in seiner für Mai geplanten Resolution gegen TTIP ausspricht und dass CETA nicht ratifiziert wird!

Weitgehend unbeachtet finden zudem in Genf Gespräche über eine umfassende Deregulierung des Dienstleistungssektors statt: TISA – Trade in Services Agreement. Außerdem verhandelt die EU über Freihandelsabkommen mit Myanmar, mit Indien, dem Mercosur etc. Am härtesten trifft das ungerechte Welthandelssystem noch immer die Menschen in den Ländern des Südens. Auch mit Hilfe der Welthandelsorganisation (WTO) wird diese neoliberale Handelspolitik weiter zementiert. Seit Jahren wird am 17. April, dem globalen Tag der Ernährungssouveränität der Bäuer_innen-Organisation La Via Campesina, immer wieder gegen diese ungerechte Weltwirtschaftsordnung protestiert. Wir erklären uns solidarisch

mit den weltweiten Bewegungen gegen diese Handelspolitik und fordern eine grundsätzliche Kehrtwende für eine Weltwirtschaft im Dienste der Menschen.

www.attac-netzwerk.de

25 000 bei bunter Blockupy-Demo für solidarisches Europa

FRANKFURT. Tödlicher Austeritätspolitik auch in Frankfurt klare Absage erteilt – Kritik an unverantwortlichen Aktionen. – Das Blockupy-Bündnis wertet den Aktionstag am Mittwoch in Frankfurt am Main als wichtigen Tag des Protestes gegen die europäische Verarmungspolitik. 6000 Menschen umzingelten und blockierten am Vormittag die Europäische Zentralbank – trotz eines massiven Polizeieinsatzes und vieler Übergriffe auf Demonstrierende. Am Abend nahmen 25 000 Menschen an der bunten und lautstarken Demonstration teil, um ihrem Verlangen nach einem anderen Europa und ihrer Ablehnung der deutschen Krisenpolitik Ausdruck zu verleihen. Diese hohe Beteiligung an einem normalen Werktag ist für das Blockupy-Bündnis Ermutigung und Verpflichtung, weitere Aktionen für die Zukunft vorzubereiten. Ob diese in Frankfurt, in Brüssel oder in Berlin stattfinden sollen, wird noch diskutiert. Zugleich kritisierte das Bündnis einzelne Aktionen am Vormittag des 18. März, die außerhalb des Blockupy-Aktionskonsens standen und teilweise weder vermittelbar noch verantwortbar waren. Blockupy steht für Demonstrationen und ungehorsame Aktionen, die keine Menschen gefährden, von denen keine Eskalation ausgeht und an

denen alle teilnehmen können. Blockupy kündigte an, die Erfahrungen und Geschehnisse des 18. März sorgfältig auszuwerten und Konsequenzen für zukünftige Aktionen in der Bewegung zu beraten. Dabei setzt das Bündnis auf die Solidarität, die Kommunikation und die Selbstorganisation der Aktivistinnen und Aktivisten statt auf die oft geforderte „Distanzierung“. Eine gemeinsame Antwort in diesem Sinn haben aus Sicht von Blockupy auch die 25 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration am Abend des Aktionstags gegeben. Das Bündnis kritisierte den Versuch der Bundesregierung sowie vieler Politikerinnen und Politiker in der aktuellen Stunde des Bundestags ebenso wie mancher Medien, die Auseinandersetzungen in Frankfurt zu entpolitisieren und zu instrumentalisieren: Während sie die Gewalt auf der Straße beklagen, lenken sie von der berechtigten Wut auf die Gewalt der Krisenpolitik ab, die Millionen Menschen ins Elend gestürzt hat. Blockupy verwahrte sich zudem gegen den Versuch einer Kriminalisierung von Aktionen Zivilen Ungehorsams durch die Polizei, indem sie von 4000 Straftätern während der Blockaden am Mittwochvormittag spricht. Blockupy zufolge wurden am Mittwoch rund 200 Demonstrierende verletzt, davon etwa 50 durch den Einsatz von Schlagstöcken. Die meisten anderen erlitten Augenverletzungen durch Tränengas. Eine Frau musste die Nacht im Krankenhaus verbringen. Das Bündnis fordert zudem die sofortige Freilassung eines italienischen Protestteilnehmers, der in Haft genommen wurde.

H&M-Hohn für echten Existenzlohn: Statt nachprüfbarer Zahlen nur leere Nachhaltigkeitsversprechen

WUPPERTAL. Anlässlich des heute publizierten Nachhaltigkeitsberichts fordert die Kampagne für Saubere Kleidung von H&M die Umsetzung der gegebenen Versprechen mit konkreten Zahlen zu belegen. Mit seiner Ende 2013 angekündigten „Roadmap für einen fairen Existenzlohn“ will sich der Branchenführer Marketingvorteile verschaffen – doch auf den über 100 Hochglanzseiten des Berichts fehlen Belege für reale Verbesserungen der Lohnsituation der Textil-ArbeiterInnen. Aus Sicht der Kampagne für Saubere Kleidung ist das unethisch und bremst Fortschritte in der Textilindustrie. H&M möchte nicht länger als skandalumwitterter Billiganbieter, sondern als sozial handelndes Unternehmen gelten. Dazu lancierte der schwedische Kleiderkonzern schon 2010 eine „Conscious Collection“. Seit kurzem sponsert das Unternehmen auch die „Ethical Fashion“-Seiten des



britischen Guardian und war kürzlich sogar offizieller Unterstützer der grössten Schweizer Nachhaltigkeitsmesse, dem Eco-Festival in Basel. Dem Textilbündnis der Bundesregierung für öko-soziale Standards in der Lieferkette bleibt das Unternehmen fern, obwohl es sich gern als „Front Runner“ präsentiert. Mit der 2013 medienwirksam lancierten „Roadmap für einen robusten fairen Existenzlohn“ auf der Europäischen Living Wage Konferenz in Berlin verpflichtete sich H&M außerdem, den rund 850 000 Textil-ArbeiterInnen bei seinen Hauptlieferanten vor allem in Bangladesch und Kambodscha bis 2018 einen fairen Existenzlohn zu bezahlen. Doch auch im heute veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht „Conscious Actions“ legt

► sich H&M nicht fest, wie hoch dieser sein soll ... Athit Kong, Präsident der kambodschanischen Gewerkschaft C.CAWDU kommentiert: „Der Bericht von H&M reflektiert in keiner Weise die Realität in Kambodscha oder Bangladesch und es klingelt allein die hohle PR-Glocke“. Die Kampagne für Saubere Kleidung fordert deshalb von H&M, den Worten endlich Taten folgen zu lassen und als erste konkrete Schritte die Existenzlohn-Benchmarks offen zu legen, mit den Gewerkschaften in Kambodscha ein nationales, verbindliches Existenzlohn-Abkommen für alle ArbeiterInnen auszuhandeln und zu unterzeichnen und transparent über dessen Umsetzung zu berichten und dem Textilbündnis für öko-soziale Standards in Deutschland beizutreten.

www.saubere-kleidung.de

Internationale Wochen gegen Rassismus 2015

DARMSTADT. Bei den UN-Wochen gegen Rassismus vom 16.–29. März 2015 fanden erstmals über 1.400 Veranstaltungen statt, an denen über 100.000 Personen in mehr als 300 Städten und Gemeinden teilnahmen. Darüber hinaus befassten sich 300 Freitagsgebete des Verbandes Islamischer Kulturzentren (ViKZ) in den Ansprachen mit den UN-Wochen. Der von dem Verein Laut gegen Nazis e.V. gemeinsam mit der Bundesliga-Stiftung produzierte Trailer „Pass auf, was Du sagst!“, der auch von der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus gefördert wurde, erreichte allein über die Social Media-Plattform Facebook 2,5 Millionen Menschen. Unsere Kooperationspartner, Unterstützer und Sponsoren haben die UN-Wochen in ihren Mitgliederzeitschriften zum Thema gemacht und auf ihren Internetseiten darauf hingewiesen. Auch die Medien berichteten ausführlich; viele wurden dem Veranstaltungskalender des Interkulturellen Rates nicht gemeldet – deshalb kann von einer Veranstaltungszahl von weit über 1.400 ausgegangen werden. Das ist ein Rekord. www.interkultureller-rat.de

Pflege-TÜV: Paritätischer unterstützt Staatssekretär Laumann

BERLIN. Als „in jeder Hinsicht begrüßenswert“ bewertet der Paritätische Wohlfahrtsverband die heute vorgestellte Initiative des Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Laumann, den „Pflege-TÜV“ neu auszurichten. Auch nach Ansicht des Paritätischen seien die Pflegenoten, die derzeit vergeben werden, denkbar ungeeignet, um die Qualität von Pflegeeinrichtungen zu bewerten. Verbandsgeschäftsführer Werner Hesse: „Die Pflegenoten sind mehr Schein als Sein

und gehören schon seit Jahren abgeschafft.“ Grundlage für die Benotung sei nicht die tatsächliche Pflegequalität, sondern lediglich die Pflegedokumentation. „Endlich hat ein Politiker den Mut, diesen Fehler einzugestehen und wirklich neue Wege zu gehen“, lobt Hesse. „Der von Staatssekretär Laumann angekündigte Verbraucherleitfaden ist der richtige Weg“. Der Paritätische bot seine Unterstützung bei der Erarbeitung des Leitfadens an. Ebenfalls befürwortet der Verband die von Laumann geplante Einrichtung eines unabhängigen Qualitätsausschusses, der auf wissenschaftlicher Grundlage plausible Kriterien von Pflegequalität entwickelt. „Nur ein von Kassen- und Finanzinteressen unabhängiges Gremium wird das Vertrauen der Menschen finden“, betont Hesse.

www.der-paritaetische.de

Kritische Aktionäre verweigern Daimler die Entlastung

STUTTGART/BERLIN/FREIBURG/KÖLN. „Trotz guter Auftragslage und einer hohen Dividende“ will der Verband der Kritischen Daimler AktionärInnen (KAD) anlässlich der Hauptversammlung des Automobilkonzerns am kommenden Mittwoch, den 1. April 2015, in Berlin „Vorstand und Aufsichtsrat nicht entlasten“, erklärte KAD-Sprecher Paul Russmann: „Die Kritischen Daimler-Aktionäre stimmen in ihren Anträgen gegen die Entlastung wegen der Täuschung beim Kraftstoffverbrauch, den Rüstungsexporten von Mercedes-Militärfahrzeugen in menschenrechtsverletzende Staaten und der mangelhaften Aufklärung bei der Finanzierung eines Folterzentrums in Brasilien.“ Russmann wirft der Daimler AG vor, „für ihre Fahrzeuge viel zu niedrige Verbrauchswerte anzugeben. Seitdem der CO₂-Ausstoß mit über die Höhe der Kfz-Steuer entscheidet, melden Autohersteller wie die Daimler AG für ihre Fahrzeugflotte immer unrealistischere Verbrauchswerte an die Zulassungsbehörden. Das belastet den Geldbeutel der Käufer bei den Benzinkosten, führt zu hohen Kfz-Steuerausfällen und untergräbt die Klimaschutzbemühungen!“ „Daimler-Chef Zetsche soll den unbegrenzten Export von Mercedes-Militärfahrzeugen und Actros-Panzertransporten in Krisen- und Kriegsgebiete sofort stoppen“, verlangt KAD-Sprecher Jürgen Grässlin. „Menschen müssen vor Panzern fliehen, die – wie im Libyen-Krieg – auf Daimler-Transportern ins Kriegsgebiet transportiert wurden. Hemmungslos exportierte Mercedes auch Militärfahrzeuge an menschenrechtsverletzende Militärs in Ägypten, Kuwait und Pakistan.“

www.kritischeaktionae.de

Der Widerstand der MieterInnen-Initiative Adolf-Damaschke-Ring führt zum Erfolg.

Trotzdem Teilabriss preisgünstiger Wohnungen geplant

MANNHEIM. Sieben Monate dauerte es, bis sich die Geschäftsführung der GBG eines Besseren besann und ihre Pläne für die Adolf-Damaschke-Ring Mustersiedlung stark überarbeitete. Am 22.8.2014 hatte der „Mannheimer Morgen“ über die Ergebnisse eines Architektenwettbewerbs der GBG berichtet, wie die Siedlung abgerissen und neu aufgebaut werden solle. Die Modernisierungskosten seien nur 300 bis 400 Euro je Quadratmeter billiger als der Neubau. Da sei Neubau angesagt. Dann sei alles modern, barrierefrei und eine Tiefgarage gebe es auch. Nur hätte dies für die meisten der BewohnerInnen der 280 noch bewohnten (von 341) Wohnungen bedeutet, dass sie die nicht subventionierten Neubau-Mietpreise nicht hätten bezahlen können: 10,50 Euro statt der bisherigen ca. 6 Euro je Quadratmeter.

Das rief den erbosten und erbitterten Widerstand der MieterInnen auf den Plan. Sanierung ja (nach 50 Jahren), aber keinen Abriss.

Die Linke hatte von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Herausnahme von mehreren hundert preisgünstigen Wohnungen aus dem Mannheimer Wohnungsangebot und deren Ersatz durch Neubauwohnungen mit entsprechenden Preisen vollkommen am Bedarf an preisgünstigen Wohnungen vorbeigehe. Viele Menschen hätten in den letzten Jahren Einkommensbußen hinnehmen müssen, und zunehmend treten RentnerInnen in den Ruhestand, die nur noch über eine Armutsrente verfügen. Auch wenn 90% der 19.300 GBG-Wohnungen unter 6,30 Euro liegen: Auf keine kann man verzichten.

Nun hat der Aufsichtsrat mehrheitlich entschieden, dass nur so viele Blöcke abgerissen werden sollen, wie sie nicht unmittelbar zur Unterbringung der gegenwärtigen MieterInnen benötigt werden, also drei von elf. Die Tiefgaragenpläne sind aufgegeben – sie hätten die Mieten deutlich gesteigert. Stattdessen müssen wahrscheinlich Parkdecks in unmittelbarer Nähe der Siedlung errichtet werden.

Sollten nicht alle MieterInnen in den zu modernisierenden Blöcken unterkommen, haben sie Anspruch auf Wohnungen in den Neubauten zum Vor-

zugspreis von 7,50 Euro je m². Die modernisierten Wohnungen sollen künftig zwischen 6,80 und 7,00 Euro je m² Kaltmiete kosten. In den sogenannten Kopfbauten sollen kleine Wohnungen teilweise zusammengelegt und Aufzüge eingebaut werden. Die Neubauten (ab 2020) sollen allen Ansprüchen an moderne Neubauwohnhäuser sowohl energetisch wie auch in puncto Barrierefreiheit erfüllen.

Das nun beschlossene Konzept ist für die MieterInnen ein großer Erfolg und ebenso für das Gesamtwohnungsangebot in Mannheim. Dass ca. 120 Wohnungen abgerissen und neuen Standards entsprechend wieder aufgebaut werden, ist aus Sicht der Verjüngung der im Gesamtdurchschnitt 50 Jahre alten Wohnungsbestände der GBG und der Zurverfügungstellung von neuen auch altersgerechten Wohnungen nur deshalb ein Unglück, weil die Neubauten wahrscheinlich ohne nennenswerte öffentliche Wohnungsbauförderung mit Mietpreissenkung und Preisbindung errichtet werden müssen. Genau

dies ist das Dilemma. Es wird höchste Zeit, dass der soziale Wohnungsbau wieder aus Mitteln des Bundes bzw. des Landes angeschoben wird. Sollten bis 2020 Fördermittel zur Verfügung stehen, müssten sie für diese Projekte unbedingt eingesetzt werden.

In der Neckarstadt Ost (Main-/Kinzig-/Carl-Benz-Straße) steht das Ab-



rissprogramm der GBG immer noch im Raum. Definitive Beschlüsse zur Umsetzung liegen noch nicht vor. Jedoch hat die Diskussion im Bezirksbeirat des Stadtteils ergeben, dass die Linke als einzige Partei die Ersetzung preisgünstiger, zu modernisierender Woh-

nungen durch Neubauten kritisiert.

Im Hinblick auf das Schwerpunktgebiet für künftigen Wohnungsbau, der Konversionsfläche Benjamin-Franklin-Village, werden Verwaltung und MWSP-Geschäftsführung nicht müde zu betonen, dass hier alle bisherigen Versäumnisse im Wohnungsmarkt nachgeholt werden können. 50% der dort zu modernisierenden oder neu zu bauenden Wohnungen sollen Mietwohnungen werden, etwa 150 davon im unteren Preissegment. Dies soll durch Konzeptausschreibungen im Neubau bzw. durch Altbaumodernisierung ermöglicht werden. Die GBG soll hier eine wichtige Rolle spielen. In der Tat: Auf Benjamin Franklin ist vieles möglich. Nur ergeben die bisher geäußerten Überlegungen hinsichtlich preisgünstiger Wohnungen einen negativen Saldo, wenn man die Abrisspläne der GBG in Feudenheim und Neckarstadt Ost gegenrechnet. Hier kann das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

*Thomas Trüper,
Stadtrat, Aufsichtsrat GBG*

Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte

KÖLN. Zur Ratssitzung am 24. März hatte Die Linke zusammen mit Piraten und Deine Freunde einen Antrag gestellt, der u.a. Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung für Köln forderte. Mit den Stimmen der drei Antragsteller sowie SPD und Grünen wurde ein Änderungsantrag der letztgenannten Fraktionen zur Erarbeitung eben dieser Mindeststandards beschlossen.

Im Moment kommen 300 Flüchtlinge im Monat nach Köln. Das sind 3.600 im nächsten Jahr. Wohneinheiten für ca. 600 Personen werden bis dahin fertig gestellt sein. Im nächsten Jahr müssen also zusätzlich Wohnungen für ca. 3.000 Personen geschaffen werden. Eine Herkulesaufgabe.

Die jetzigen Massenunterkünfte müssen wir überwinden. Wir können nicht erkennen, dass die Verwaltung dafür ein Konzept hat. Der Erwerb von Liegenschaften wäre ein solcher Baustein.

Deshalb hat Die Linke den Erwerb eines ehemaligen Baumarkts in Porz mitgetragen. Wir brauchen etliche Liegenschaften, auf denen die Stadt für die Flüchtlinge Wohnungen bauen oder Verwaltungsgebäude um nutzen kann.

Auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln, der Wohlfahrtsverbände und anderer Einrichtungen sich große Mühe geben, wird es drunter und drüber gehen. Wir müssen in jeder Hinsicht einen Schutzschild errichten und dazu sind Mindeststandards ein richtiges Mittel. Es schützt die Flüchtlinge und es schützt die Akteure davor, Fehler zu machen.

Deswegen hat Die Linke zur Ratssitzung zusammen mit Piraten und Deine Freunde Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung sowie die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung

des Landes in Köln beantragt. Solch eine Diskussion läuft auf Landesebene, getragen von Rot-Grün. Am Montag wird sich z.B. der Innenminister Jäger mit dem Flüchtlingsrat NRW und andere Bürgerinitiativen treffen. Dazu hat das Innenministerium ein Eckpunktepapier vorgelegt, das einen „Paradigmenwechsel in der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen“ vorschlägt: Dort heißt es: Die Landesregierung will sich „nicht mehr darauf beschränken ... für ein Dach über dem Kopf und Sicherheit zu sorgen. Wir wollen bei der Aufnahme und Unterbringung und Versorgung dem Individualrecht auf Asyl Rechnung tragen.“ Und weiter: „Wir wollen ein umfassend definiertes und kontrolliertes Qualitätsniveau für alle Fälle der Unterbringung erreichen.“

All das hört sich nicht nur vernünftig an, sondern es findet auch ein enger Dialog zwischen allen Akteuren statt. Auch aus diesem Grund können wir uns eine NRW-Erstaufnahmeeinrichtung in Köln mit guten Standards sehr wohl vorstellen! Wir sind aber auch nicht blauäugig. Deshalb stellen wir Bedingungen für eine Erstaufnahme-Einrichtung: Das Land trägt die Kosten, Anrechnung auf die Kölner Quote, kleine Standorte, keine Massenunterkunft wie in der Herkulesstrasse. Außerdem soll der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen

von Anfang an das Projekt begleiten. In Köln haben wir neben den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung keine Mindeststandards. Das hat die Sozialdezernentin Frau Reker bestätigt. Deshalb fordern wir in unserem zweiten Punkt die Erarbeitung solcher Standards.

Ein Beispiel: In Köln sind zur Zeit 2105 Flüchtlinge in Hotels untergebracht. Sechs Mitarbeiter kümmern sich um die 28 Hotels und sieben Pensionen. Für die Hotels gibt es einen Schlüssel von 160 Personen für einen Sozialarbeiter. Eigentlich braucht die Stadt also 12 Sozialarbeiter. Hier gibt es ja anscheinend noch einen Standard, aber einen schlechten, der noch nicht mal eingehalten wird.

In Köln existiert die Unterbringung in Massenunterkünften. Das müssen wir im Moment akzeptieren, um Geflüchteten kurzfristig ein Dach über dem Kopf anzubieten. Aber ist es noch humane Behandlung, wenn Personen über ein halbes Jahr keine abgeschlossenen Zimmer haben und nicht kochen können? Ich meine nicht.

Wir brauchen Standards, die das Individualrecht schützen und so was regeln. Es ist z. B. nicht festgelegt, dass Familien mit Kindern ausschließlich in den abgeschlossenen Wohnungen der neuen Systembauten untergebracht werden.

In unserem Antrag haben wir auch auf das Beschwerdemanagement hingewiesen. Auf Landesebene wird dafür eine halbe Personalstelle für je 500 Flüchtlinge vorgehalten. Auf Köln umgerechnet entspricht das elf Stellen. Gerade bei Massenunterkünften wäre ein solches Beschwerdemanagement elementar.

Jörg Detjen

Ende des Winternotprogramms: HAMBURG. Die etwa 1000 Menschen aus den völlig überfüllten Notunterkünften werden nun wieder in Hauseingängen, in Parks und unter Brücken schlafen. „Es reicht einfach nicht, die Menschen nachts irgendwie vor dem Erfrieren zu bewahren und dann wieder auf die Straße zu setzen, sobald es etwas wärmer wird“, kritisiert Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Der Senat muss endlich nachhaltige Schritte unternehmen, um die katastrophalen Lebensverhältnisse der etwa 8000 wohnungslosen Menschen in Hamburg zu verbessern. Vielleicht bestehen die Grünen in den Koalitionsverhandlungen ja wenigstens in diesem Punkt auf ihrem Wahlprogramm.“ Dass den Senat das Schicksal der Wohnungslosen über das bloße Überleben hinaus nicht groß interessiere, zeige schon die Tatsache, dass er noch nicht einmal über aktuelle Informationen verfüge. „Wir fordern schon länger eine aktuelle Obdachlosenstatistik, denn der Senat hat zum letzten Mal 2009 gezählt. Doch nicht einmal dazu ist die SPD bereit“, sagt Özdemir. Die Sozialpolitikerin, die am Dienstag an einer Protestaktion des Hamburger Aktionsbündnisses gegen Wohnungsnot vor dem Rathaus teilnehmen wird, erinnert daran, dass ihre Fraktion die Wohnungspolitik zum Arbeitsschwerpunkt der kommenden Monate gemacht hat. „Wir fordern eine menschenwürdige öffentliche Unterbringung unabhängig von Pass oder sozialrechtlichem Status.“

www.die-linke-hamburg.de

PPP – Mehr Klarheit und Transparenz erforderlich: DORTMUND. PPP, Public-Private-Partnership. Oder zu deutsch: öffentliche-private Partnerschaft. Die drei Buchstaben entwickeln sich in Dortmund zum Politikum. Denn der Fraktion Die Linke & Piraten ist dieses umstrittene Finanzierungsmodell, das die öffentliche Hand mit privaten Investoren eingehen kann, weiterhin ein Dorn im Auge. Nach Meinung der Linken & Piraten sind PPP-Modelle in Dortmund nach wie vor an der Tagesordnung, und zwar zum finanziellen Nachteil der Stadt. Im Rathaus dagegen vertritt man die Meinung, dass mit dem Bau der Feuerwache an der Zillestraße das letzte PPP-Projekt immerhin neun Jahre zurückliegt. „Bei der Diskussion geht es gar nicht mehr um die Finanzierung, sondern mittlerweile um die Definition“, beklagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion Die Linke & Piraten. „Im Rathaus wird PPP regelrecht umgedeutet und neu definiert. Die Verwaltungsspitze vertritt tatsächlich die Auffassung, dass das neue Schulzentrum am Dortmunder U (Robert-Bosch-Berufskolleg und Robert-Schuman-Berufskolleg), das gerade von einem privaten Investor errichtet wird, kein PPP-Projekt ist.“ „Wir fordern hier

mehr Klarheit und Transparenz“, sagt Utz Kowalewski. „Wir haben keine Lust mehr, mit der Verwaltungsspitze Wortklaubereien auszufechten und darüber zu diskutieren, ob es sich bei einem Bauvorhaben um ein PPP-Projekt handelt – oder nicht.“ Die Fraktion Die Linke & Piraten hat deshalb zehn unterschiedliche PPP-Modelle detailliert aufgeführt und bittet die Stadtverwaltung um eine klare Antwort, welche dieser ganz speziellen Finanzierungsmodelle in welcher finanzieller Größenordnung in den vergangenen 15 Jahren genutzt wurden und noch genutzt werden. Da gibt es Inhabermodelle, Leasingmodelle, Betriebsüberlassungsmodelle und viele weitere mehr. Sie alle fallen unter den Oberbegriff PPP. Doch die drei Buchstaben selbst treten nicht in Erscheinung. Eine Gemeinsamkeit hätten aber auch diese anders lautenden Modelle, sagt Kowalewski. Der private Partner geht finanziell in Vorleistung; wodurch die öffentliche Hand erst einmal Zeit gewinnt und Projekte durchführen kann, die den erlaubten Kreditrahmen normalerweise sprengen würden. Die Konditionen seien dabei für die Kommune meist sehr ungünstig und deshalb sogar schon vom städteigenen Rechnungsprüfungsamt gerügt worden. „Ich erinnere nur an die Mehrkosten beim Bau von gleich drei Grundschulen“, so Kowalewski.

www.dielinke-dortmund.de

Attac gratuliert zur Anti-TTIP-Resolution: KÖLN. Köln ist die erste Millionenstadt, die eine TTIP-kritische Resolution verabschiedete. Auf der Ratssitzung am 24. März wurde ein gemeinsamer Antrag mit großer Mehrheit beschlossen. Von den demokratischen Kräften stimmten lediglich die FDP und der Einzelmandatsträger von den Freien Wählern dagegen. Das nahm Attac zum Anlass, der Kölner Bevölkerung auf ihrer Internetseite (www.attac.de) zu gratulieren. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Jörg Detjen, sieht die kommunale Daseinsvorsorge durch die Freihandelsabkommen TTIP und CETA bedroht: „Das internationale Kapital sucht weltweit Anlagemöglichkeiten. Internationale Konzerne wollen sich in kommunalen Unternehmen einnisten, sie aufsaugen und zerstören. Deshalb müssen wir diese Verträge ablehnen.“ In der kommunalen Daseinsvorsorge sieht er einen emanzipatorischen Ansatz „für ein faires, gerechtes und soziales Wirtschaftshandeln, das ausbaufähig ist. Mit CETA, TTIP kann dieser Ansatz restlos zerschlagen werden.“ Deshalb begrüßt Die Linke das breite Anti-TTIP-Bündnis, das nun zum Erfolg einer wichtigen gemeinsamen Resolution geführt hat. Doch das Freihandelsabkommen ist damit noch nicht gestoppt. Breiter und langanhaltender Widerstand ist auch weiterhin nötig. Deshalb ruft Die Linke zur Beteiligung am weltweiten Aktionstag am 18. April auf.

www.linksfraktion-koeln.de

Die Linke beantragt Knöllchentausch: AACHEN. Wie erreicht man, dass Menschen mit dem Bus und nicht mit dem eigenen Auto in die Innenstadt von Aachen fahren? Dazu schlägt Die Linke in einem Ratsantrag eine Beteiligung von Stadt und AVV an der Kampagne „Das wäre Ihnen mit uns nicht passiert“ vor. Das pfliffige Konzept der Stadt Fürth sieht vor, dass Parksündern mit dem Strafzettel an der Windschutzscheibe die Möglichkeit offeriert wird, die bezahlte Knöllchen-Quittung bei der ASEAG gegen ein Tagesticket einzutauschen. „Das ist eine tolle Idee, um Autofahrerinnen und Autofahrer die Vorzüge des öffentlichen Personennahverkehrs näher zu bringen“, ist Andreas Müller, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion, überzeugt. „Ohne Stau, Parkplatzsuche und Knöllchen ist ein stressfreier Innenstadtbesuch garantiert. Zudem entlastet eine stärkere Nutzung von Bus und Bahn nicht nur die Verkehrssituation der Aachener Innenstadt“, so Müller weiter, „sie leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung.“

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Linke fordert: Keine öffentlichen Gelder für Olympiade: LÜNEBURG. Die Lüneburger Linkspartei hat sich auf ihrer Mitgliederversammlung unter anderem mit der Bewerbung der Hansestadt Hamburg für die olympischen Sommerspiele 2024 beschäftigt. In einem einstimmig gefassten Beschluss wurde die Bewerbung kritisiert und die Forderung aufgestellt, dass in Stadt und Landkreis Lüneburg keine öffentlichen Gelder in den Ausbau von Sportstätten für die Olympiade fließen. „Insbesondere kritisieren wir, dass bereits jetzt Begehrlichkeiten wach werden, die Reitsportstätten in Luhmühlen weiter auszubauen. Diese haben schon in der Vergangenheit Millionen öffentlicher Gelder verschlungen, obwohl der Reitsport nur eine sehr exklusive Klientel bedient“, so Karlheinz Fahrenwaldt, Kreisvorsitzender der Linken. „Wenn es um Prestigeprojekte geht, werden die Gelder in Lüneburg schnell locker gemacht, das sehen wir ja auch beim Audimax. Für die dringend notwendige Sanierung der Schulen oder für den sozialen Wohnungsbau fehlt dann das Geld“, bemängelt der Vorsitzende.

www.dielinke-lueneburg.de

Kommunen weiterhin unter erheblichem Finanzdruck – Unterschiede nehmen zu: BERLIN. Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte aktuelle Kassenstatistik zu den kommunalen Finanzen belegt nach Einschätzung des Deutschen Städtetages, dass die Kommunen weiterhin unter einem erheblichen finanziellen Druck stehen. Dazu sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy: Zu viele Städte haben leider auch weiterhin nicht genügend Geld für wichtige Investitionen und zu viele sind gleichzeitig von

wachsenden Sozialausgaben stark belastet. Trotz einer ruhigen konjunkturellen Lage ist der Finanzierungssaldo um 1,5 Milliarden Euro eingebrochen, unter Berücksichtigung der Extrahaushalte sogar um mehr als 2 Milliarden Euro. Besorgniserregend sind besonders die wachsenden Unterschiede zwischen Städten im Aufschwung und Städten mit schwieriger Finanzlage.“ So konnten die Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg im Durchschnitt knapp 200 bzw. knapp 100 Euro mehr je Einwohner investieren, als die Kommunen im Bundesdurchschnitt – in Bayern rund 521 Euro, in Baden-Württemberg rund 421 Euro je Einwohner. Bei Kommunen in Nordrhein-Westfalen dagegen lag das Investitionsniveau um mehr als 100 Euro je Einwohner unter dem bundesweiten Durchschnitt. Hier betrug es lediglich rund 211 Euro je Einwohner. Trotz der höheren Investitionen erzielten Kommunen in Bayern Überschüsse von 1,5 Milliarden Euro. Kommunen in Nordrhein-Westfalen hingegen wiesen Defizite von mehr als 1,5 Milliarden Euro auf. In Rheinland-Pfalz liegt das kommunale Defizit bei fast 400 Millionen Euro. www.staedtetag.de

„Gewalt gegen Asylbewerber und Flüchtlinge dürfen wir in keinem Fall hinnehmen“. BERLIN. Der Deutsche Landkreistag reagiert mit Empörung auf die Ereignisse in Tröglitz im Burgenlandkreis. Dort hatten Unbekannte in der Nacht zum Samstag ein Wohnhaus in Brand gesteckt, in dem ab Mai 40 Asylbewerber untergebracht werden sollen. Landrat Götz Ulrich, der an den Plänen für eine Unterbringung von Flüchtlingen im Ort festhält, berichtet über Drohungen gegen seine Person. Vor vier Wochen war der ehrenamtliche Bürgermeister von Tröglitz wegen ähnlicher Drohungen von seinem Amt zurückgetreten. Dazu erklärt der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Reinhard Sager: „Gewalt gegen Asylbewerber und Flüchtlinge dürfen wir in keinem Fall hinnehmen. Die Menschen, die aus den Krisengebieten der Welt zu uns kommen, müssen hier in Sicherheit leben können und haben Anspruch auf unsere Solidarität.“ Sager verwies darauf, dass die derzeit sehr hohe Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern die Landkreise, Städte und Gemeinden, die für ihre Unterbringung und Betreuung zuständig seien, vor große Herausforderungen stelle. Bei der Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten für die Betroffenen könne es zu Konflikten mit der Bevölkerung vor Ort kommen. Solche Konflikte müssten aber im Dialog mit allen Beteiligten gelöst werden. „Wenn Landräte und Bürgermeister sowie deren Familien bei der Wahrnehmung ihres Amtes bedroht werden, müssen wir dem entschieden entgegenreten. Solche Drohungen sind Straftaten, deren Aufklärung besondere Priorität haben sollte. Wichtig ist aber auch, dass wir uns

davon nicht einschüchtern lassen“, betonte Sager. Sein Amtskollege aus dem Burgenlandkreis verdiene daher Respekt und Unterstützung für seine Haltung, so der DLT-Präsident abschließend. www.landkreistag.de

Solidarität stärken, Infrastruktur ausbauen: BERLIN. Vor dem Hintergrund der ungebrochen stark steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland und der Ereignisse im sachsen-anhaltinischen Tröglitz mahnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine bessere und nachhaltigere Ausrichtung in der Flüchtlingspolitik an. Notwendig seien ein gemeinsamer Aktionsplan und eine klare Verständigung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, betonte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, gegenüber dem Handelsblatt. Vorkommnissen wie in Tröglitz müsse der Staat entschieden entgegenreten. „Ziel muss es sein, die Solidarität mit Flüchtlingen weiter zu stärken, die Infrastruktur auszubauen und eine Überforderung der Kommunen zu vermeiden“, so Landsberg. Außerdem sollte ein Aktionsplan verabredet werden, der die finanziellen Fragen zu Unterbringung, Integration und Gesundheitsversorgung klar regelt. Bund und Länder müssten die Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe dauerhaft sicherstellen, so Landsberg. Notwendig sind aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zudem gemeinsame Kommunikationskonzepte, um der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wann und aus welchen Gründen nach Deutschland und in die Kommunen komme. „Dazu gehören auch die vielen guten Beispiele, wo sich Menschen ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen und deutlich wird, dass viele Flüchtlinge nach kurzer Zeit integriert sind, einen Arbeitsplatz haben und sich und ihre Familie ernähren“, so Landsberg gegenüber dem Handelsblatt. Die Ereignisse in Tröglitz, wo es neben dem Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft auch zu massiven Drohungen gegen Kommunalpolitiker kam, stellen aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eine Dimension dar, die mit Null-Toleranz und entsprechender Polizeipräsenz beantwortet werden müsse. „Der Staat darf nicht zurückweichen, wenn es darum geht, dass die Flüchtlinge bei uns in Sicherheit leben können und die Politiker, die dafür eintreten, geschützt werden“, betonte Landsberg. Der vollständige Artikel im kann auf der Homepage des „Handelsblatt“ nachgelesen werden. www.handelsblatt.com/politik/deutschland/kommunen-schlagen-alarm-warung-vor-dem-troeglitzeffekt/11605772.html
<http://www.dstgb.de>

(Zusammenstellung: ulj)

Wallraff ante Portas

Bei der überwiegenden Mehrheit der Jobcenter-Beschäftigten stieß die Wallraff-Recherche zur Situation der Jobcenter auf Zustimmung. Endlich, so empfinden es viele, wurden die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Während die Beschäftigten positiv reagierten, herrschte bereits wochenlang vor der Ausstrahlung der Sendung Mitte März bei RTL hektische Aufregung bei den Geschäftsführungen und vor allem bei der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit (BA). Am Tag nach der Sendung erhielten alle Beschäftigten eine Email von den drei geschäftsführenden Vorständen Frank-J. Weise, Heinrich Alt und Raimund Becker: „Wir nehmen die dort (in der Sendung) geschilderten Sachverhalte sehr ernst. Wo systematische Fehler und Mängel vorliegen, wollen wir mit Ihnen gemeinsam nach guten Lösungen suchen ... Wir wünschen uns eine offene und sachliche Diskussion in den Jobcentern, in den Medien, in Politik und Gesellschaft“.

Der bundesweite Zusammenschluss der Jobcenterpersonalräte antwortete dem BA-Vorstand sofort am nächsten Tag und traf damit voll den Nerv der Beschäftigten. Deren Kritik an den Verhältnissen in den Jobcentern verhallt nämlich meistens ohne Reaktion. Auf den Brief der Personalräte, den wir dokumentieren, hat der Vorstand der BA bisher nicht reagiert.

Ende März befasste sich der Sozialausschuss des Bundestages mit dem Wallraff-Bericht. Die Linke-Bundestagsabgeordnete Zimmermann erklärte dazu: „Die Bundesagentur für Arbeit und das Arbeitsministerium sind weit weg von der Realität. Für viele Betroffene sind die Jobcenter nur Verwahranstalten ... Notwendig ist ein Maßnahmenkatalog, der für die angesprochenen Probleme ernsthafte und nachhaltige Lösungen bietet.“ *syb*

Offener Brief von Barbara Oer-Esser, stellv. Vorsitzende der Jobcenterpersonalräte, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Jobcenterpersonalräte, Gerd Zimmer, Eva Schmauser, Moritz Duncker, Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der Jobcenterpersonalräte

Sehr geehrte Herren Weise, Alt und Becker, Ihre o.g. Mitteilung hat in den Jobcentern empörte Reaktionen hervorgerufen. Reihenweise melden sich Kolleginnen und Kollegen, für die es tagtägliche Realität ist, dass ihre Arbeit „anstrengend und belastend“ ist und nicht nur „sein kann“ – und das ununterbrochen seit Bestehen der Jobcenter

und nicht nur temporär. Das wurde und wird auch immer wieder zur Sprache gebracht, sowohl von den Kolleginnen und Kollegen selbst, als auch von ihren gewählten Personalräten und nicht zuletzt auch von der Arbeitsgruppe der Personalratsvorsitzenden der Jobcenterpersonalräte.

Umso erstaunlicher muss es da erscheinen, dass „gute Arbeitsbedingungen“, die Sie als Ihnen „wichtige Anliegen“ bezeichnen, auch nach zehn Jahren Jobcenter noch immer nicht vorherrschen. Wenn Sie schreiben, „ändern können wir nur die Dinge, von denen wir wissen“, suggerieren Sie, Sie hätten von den in der o.g. Sendung zur Sprache gebrachten Sachverhalten bisher nichts erfahren. Das wäre allerdings noch verwunderlicher. Denn auf Personalmangel, hohe Arbeitsbelastungen, hohen Krankenstand, Mängel in der Qualifizierung des Personals, hohe Fluktuation und die Problematik der durch die Befristungspraxis zusätzlich verstärkten Belastungen wurde von den Personalräten immer wieder hingewiesen. Und dass die von den Jobcentern eingekauften Maßnahmen nicht immer zielführend waren, hat Ihnen bereits Ihr IAB ins Stammbuch geschrieben.

Abgesehen davon erschiene ein Vorstand, der nicht weiß, was in dem von ihm zu verantwortenden Bereich vor sich geht, nicht gerade in einem guten Licht. Das wäre auch nicht besser, wenn man annehmen müsste, er wolle die Realität auch gar nicht zur Kenntnis nehmen. Vielleicht bietet die o.g. Sendung ja die Chance, über grundlegende Probleme endlich konstruktiv ins Gespräch zu kommen und zu tatsächlichen

Änderungen zu gelangen.

So „wünschen“ Sie sich „eine offene und sachliche Diskussion in den Jobcentern, in den Medien, in Politik und Gesellschaft“. Diesem Wunsch entsprechend geht diese Stellungnahme nicht nur an Sie, sondern auch an die interessierte Öffentlichkeit. Die grundlegenden Problemlagen sind aus Sicht der Jobcenterpersonalräte folgende:

- Das eingesetzte Personal reicht nicht aus, um die Aufgaben zu bewältigen. Vor allem im Leistungsbereich wird das Personal regelrecht verheizt. Permanente Überlastung führt zu hohen Krankheitsraten und einer hohen Fluktuation. Die Befristungspraxis verstärkt diese Probleme noch. Gleichzeitig werden dem vorhandenen Personal immer mehr Aufgaben bzw. Arbeitsanweisungen aufgeladen (Umstellung auf Allegro, Vier-Augen-Prinzip, demnächst E-Akte). In der Folge wird die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats faktisch in Frage gestellt. Es gelingt immer seltener, allen Leistungsberechtigten die ihnen zustehenden Mittel rechtzeitig und verlässlich zur Verfügung zu stellen (von anderen Aufgaben des Leistungsbereichs ganz zu schweigen).

- Auch im Bereich der persönlichen Ansprechpartner reicht das Personal nicht aus, für alle Leistungsberechtigten eine individuelle und qualifizierte Beratungsleistung zu erbringen. Eine solche Beratungsleistung erfordert Zeit, auf die individuellen Problemlagen angemessen eingehen und ein Vertrauensverhältnis aufbauen zu können. Denn es ist in der überwiegenden Zahl der zu Beratenden nicht mit einer reinen Vermittlungstätigkeit getan. Zum

Einen liegen die Erwartungen der Arbeitgeber, die Stellenangebote unterbreiten, jenseits dessen, was die von uns Beratenen auf absehbare Zeit zu erfüllen vermögen und zum anderen stellt sich in einer wachsenden Zahl der Beratungsfälle die Frage nach der Integration in den Arbeitsmarkt nicht als vordergründige, sondern allenfalls als Fernziel dar – zu sehr bestimmen andere soziale Problemlagen Lebenswirklichkeit und Lebenseinstellung der Beratenen.

- Schon in der von Ihnen vorgegebenen Zielorientierung mit der Fokussierung auf die Arbeitsvermittlung liegt daher ein gewisses Maß an Negierung der Realitäten. Das führt bei den persönlichen Ansprechpartnern zu einem ständigen Zielkonflikt und stellt, wie z.B. die abba-Befragung in einigen Jobcentern gezeigt hat, einen hohen psychischen Belastungsfaktor in diesem Bereich dar. Die Implementierung des Vier-Phasen-Modells in die Software Verbis und die darauf aufbauende Schulungsreihe Beko haben das nicht besser gemacht. Schon die Vorstellung, man könne in individuelle Beratungsgespräche auf sinnvolle Weise zentral steuernd eingreifen, entbehrt nicht einer gewissen Absurdität. Die Vorstellung, man könne auf der Grundlage subjektiver Profilingeinschätzungen, die persönliche Ansprechpartner im Gespräch mit den von Ihnen Beratenen treffen, belastbare objektive Planungen anstellen und Steuerungsentscheidungen treffen, grenzt an organisierten Selbstbetrug.

- Gleiches gilt für das Steuerungssystem der BA, das auch den Jobcentern übergestülpt wurde. Die Orientierung

BDI: Produktion soll wieder näher an den Ort des Verbrauchs heran geholt werden.

FAZ, Sa., 10.1.2015. Mit der zunehmenden Vernetzung (Industrie 4.0) und der Weiterentwicklung des Drei-D-Drucks sinkt der Anteil der Lohnkosten an den Produktionskosten. Der reine Lohnkostenvorteil der Produktion in Fernost verliert damit an Bedeutung. Anstatt Ersatzteile für eine kaputte Maschine aus China zu bestellen und einmal um die halbe Welt zu transportieren, können künftig Bauteile nach den Plänen des Herstellers überall auf der Welt produziert werden – mittels Drei-D-Technik. ... Vielleicht können wir sogar die nach Fernost abgewanderte Massenproduktion zurückholen“, sagt BDI-Präsident U. Grillo, gestützt auf Ergebnisse einer Unternehmensberatungs-Studie wonach jedes zweite Unternehmen in der Eurozone zumindest darüber nachdenkt, Produktion aus Fernost zurück zu holen.

Mindestlohn vernichtet Minijobs. FAZ., Do., 26.3.15. Der Rückgang von Minijobs ist lt. Mitteilung der Arbeitsagentur im

Januar 15 (Minijob-Zentrale) fast dreimal so hoch wie im Jahr zuvor. Das könnte bedeuten, dass der zum 1. Januar eingeführte Mindestlohn mehr als 150 000 Minijobs vernichtet hat. ... Offen ist, was aus den Betroffenen wurde. Ob die Minijobs in reguläre Stellen umgewandelt wurden (Arbeitslosenzahl hat sich seit Jahresbeginn unerwartet günstig entwickelt und liegt derzeit um gut 100 000 unter Vorjahresniveau) oder ob sie wegfielen. ... Besonders viele Minijobs, allein 60 000 oder 4,7 %, verschwanden im Handel, wie der Branchenverband zeigt. H. Jöris, Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE): „Seit Einführung des Mindestlohns rechnen sich Minijobs für Arbeitgeber in vielen Fällen nicht mehr“. Es bleibt nun abzuwarten, ob dieser deutliche Verlust an Arbeitsplätzen an anderer Stelle in der Branche durch den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze kompensiert wird.

Flüchtlinge sollen arbeiten statt Sozialhilfe zu erhalten. 31.3.15. Deutsches Verbände-Forum, PM des Unternehmer-

verbandes Südhessen (VhU). – Wir sollten Flüchtlingen und auch Asylbewerbern rasch die Chance auf Arbeit einräumen, anstatt sie zu zwingen, lange von Sozialleistungen zu leben“, sagte W. Drechsler, (VhU). Im November letzten Jahres habe die Bundesregierung zwar die Wartezeit für die Aufnahme einer Beschäftigung für Asylbewerber und geduldete Ausländer auf drei Monate gesenkt. „Jetzt muss die sogenannte Vorrangprüfung durch die Arbeitsagentur, die aktuell für 15 Monate die Arbeitsaufnahme verhindert, für Asylsuchende auf sechs Monate begrenzt werden. Geduldete sollten hingegen ganz ohne Vorrangprüfung arbeiten dürfen, da sie nach der Entscheidung der Ausländerbehörde vorerst bleiben dürfen. Zusätzlich ist es dringend notwendig, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Asylverfahren deutlich schneller abschließt. Nicht anerkannte Asylbewerber müssen dann aber auch konsequent in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden“, erklärte Drechsler.

Zusammenstellung: rst

**Wirtschafts-
presse**

an scheinbar objektiven Zielzahlen und statistischen Erfolgswerten, führt mindestens im Beratungsbereich zu einer Fehlorientierung, denn eine gute Beratungsleistung lässt sich nicht in Masenzahlen abbilden. Gleichzeitig sorgen Zielvorgaben und parallel dazu die Ausrichtung der Führungskräfte auf die Erfüllung dieser Zielvorgaben über Beurteilungssystem und Leistungsprämien dafür, dass auf die Beschäftigten ein irrationaler Druck ausgeübt wird. Neu ist dieses Thema nicht. Auch der Bundesrechnungshof hat sich ja bereits dazu geäußert.

- Darüber hinaus muss dieses, der gewerblichen Wirtschaft entlehnte und für unsere nicht marktfähigen sozialstaatlichen Aufgaben ungeeignete Steuerungssystem zwangsläufig zu einem gewissen Realitätsverlust an der Spitze führen. Wer von seinen Untergebenen im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung nur erwartet, die eigenen Zielerwartungen erfüllt und damit bestätigt zu sehen, umgibt sich mit bezahlten Claqueuren und darf sich nicht wundern, wenn sich von diesen keiner traut, festzustellen, dass der König nackt dasteht, statt im schönen neuen Gewand.

- Diesem fehlgeleiteten Steuerungssystem ist es auch zu verdanken, wenn eingekaufte Maßnahmen von den Teilnehmern als wenig zielführend oder gar kontraproduktiv erlebt werden. Es ist durchaus vorstellbar, dass es arbeitslose Menschen gibt, die aufgrund schlechter Erfahrungen ein stark negatives Selbstwertgefühl entwickelt haben und mit sozialen Ängsten beladen sind, für die es ein sinnvoller Ansatz sein kann, Lamas durch die Landschaft zu führen, damit sie über die Verantwortung für das Tier wieder Zutrauen zu sich selbst entwickeln und in der Interaktion mit den anderen Teilnehmern ihre Ängste überwinden können. Für jeden Arbeitslosen ist das allerdings nichts. Es kommt also auf die Passgenauigkeit des Maßnahmeangebots an. Kann die nicht gewährleistet werden, weil die Zeit für ein individuelles Beratungsgespräch nicht da ist oder weil es einen Druck gibt, eingekaufte Maßnahmeplätze auch zu besetzen, selbst wenn aktuell nicht der passende Bewerber am Schreibtisch sitzt, kommt es notwendigerweise zu Fehlbesetzungen und in der Summe zu Misserfolgen.

Uns ist bewusst, dass die Ursachen für die geschilderten Problemlagen unter anderem auch in der Politik zu suchen sind. Wir hoffen dennoch, durch diese nur knapp umrissene Aufzählung den Teil der Verantwortung verdeutlicht zu haben, den wir bei Ihnen sehen. Grundlegende Veränderungen sind aus unserer Sicht überfällig. Um auf Ihre o.g. Mitteilung zurück zu kommen: wir sind gern bereit, „gemeinsam mit Ihnen nach guten Lösungen“ zu suchen.

Öffentlicher Dienst – SuE: kraftvoller Auftakt der Warnstreikrunde

Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) sind sauer und Tausende von ihnen zeigten das heute sehr deutlich: Sie beteiligten sich am Warnstreik, zu dem GEW und Verdi aufgerufen hatten. Allein in München zählte die Polizei 2400 Beteiligte, in Nürnberg nannte Björn Köhler von der GEW den Auftakt zur Warnstreikrunde „kraftvoll“. Auch in Fürth gingen zig Beschäftigte auf die Straße.

MÜNCHEN. Was es heißt, in der teuersten Stadt Deutschlands zu leben, die horrenden Mieten zahlen zu müssen und gleichzeitig für die eigene verantwortungsvolle Arbeit so wenig Gehalt zu bekommen, dass man sich dieses Leben eigentlich nicht leisten kann, das erfahren – besser erleiden – sie jeden Tag. Kein Wunder also, dass der Zug der Streikenden wegen seiner Länge große Aufmerksamkeit in der Münchner Innenstadt erfuhr und die Forderungen auf Zustimmung bei vielen Passanten stieß. Selbst wir Gewerkschaften waren überrascht, wie viele sich an diesem Warnstreik beteiligten. Die Strasse vor dem Haus des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Bayern, durch die der Zug der Streikenden zog, konnte die Menge der Streikenden gar nicht auf einmal fassen. Und der Stachus, auf dem die Abschlusskundgebung stattfand, ist selten so voll und bunt.

NÜRNBERG. Bei schönstem Sonnenschein trafen sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus rund 120 Nürnberger Kitas und vielen weiteren Einrichtungen aus der Umgebung am Nürnberger Annapark, um den Arbeitgebern ein deutliches Zeichen zu geben: Sie wollen die Aufwertung der sozialen Berufe und sind bereit, lange und ausdauernd dafür zu kämpfen, wenn die Arbeitgeber weiter mauern sollten.

Bereits um sieben Uhr erschienen die ersten GEW-Kolleginnen am Streik-

lokal, um sich in die Streiklisten einzutragen und gleichzeitig Material für die Demo abzuholen. In kleinen Gruppen führen sie dann gemeinsam zum Maffeiplatz, wo sie auf viele weitere engagierte Kolleginnen und Kollegen trafen, mit denen sie gemeinsam einen kraftvollen Demozug zum Nürnberger Gewerkschaftshaus starteten. Schon von weitem konnten die vielen Helferinnen und Helfer am Kornmarkt die Tröten und Trillerpfeifen hören. Dort angekommen konnten sich alle mit frischem Kaffee stärken, während zahlreiche Vertrauensleute aus den Betrieben darüber berichteten, wie groß die Streikbereitschaft diesmal sei und warum eine Aufwertung gerecht und notwendig ist.

Bei der Registrierung der vielen Streikenden ging es im GEW-Streiklokal zu, wie in einem Bienenstock: „Wo sind die Listen?“, „Habt ihr mal nen Mitgliedsantrag für die neue Kollegin?“, „Hier sind die neuen Buttons!“. Eine Kollegin aus der Nürnberger Lebenshilfe ist ein wenig enttäuscht: Einige aus dem Team wollten nicht mitstreiken! „Aber die bekomme ich beim nächsten Mal schon raus!“ verspricht sie und packt eine große Tasche mit Tarifmaterial für alle ein. Am Ende kommen alle zu dem Schluss: Es war ein großartiger Auftakt, der sicher das richtige Signal zu den nächsten Tarifverhandlungen gibt!

www.gew-muenchen.de

Warnstreiks notwendig und unterstützenswert!

FRANKFURT A.M. „Das muss drin sein: dass die Arbeit bei den Sozial- und Erziehungsdiensten endlich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend aufgewertet wird“, kommentiert Dominike Pauli, Vorsitzende der Fraktion Die Linke, im Römer den Warnstreik, zu dem Verdi seine Beschäftigten aus den Sozial- und Erziehungsdiensten am 8. April aufruft. Die Beschäftigten in diesen Bereichen, überwiegend Frauen, verrichten hochgradig wichtige Aufgaben für die gesamte Gesellschaft. Leider schlägt sich das nicht in Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Anerkennung nieder. Deshalb fordern die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften Verdi und GEW eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Einrichtungen. „In Frankfurt z.B. klagen Sozialarbei-

terInnen und Sozialpädagogen über zunehmende Arbeitsverdichtung und wachsenden Stress, weil etwa durch die räumliche Zentralisierung in der Kinder- und Jugendhilfe lange Fahrtzeiten zu den Klienten anfallen oder darüber, dass fachliche Standards unter Sparzwängen leiden. Aber auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen steigende Ansprüche ohne weitere Kosten oder Personalausstattungen erfüllt werden“, berichtet Pauli aus Gesprächen mit Beschäftigten bei den Sozial- und Erziehungsdiensten. Im Bereich der Kinderbetreuung und der Pflege gibt es einen erheblichen Personalmangel. Einige Kindertagesstätten können nicht alle Plätze belegen, weil keine Erzieherinnen oder Erzieher zu finden sind ... www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

München: Stadtgesellschaft auf dem Sprung¹

Veränderungen im Lebensstil von Stadtbewohnern und sozialen Milieus forcieren wachsende Flächenansprüche im Sinne von mehr Quadratmeter Wohnfläche pro Person (siehe dazu den Beitrag von Ingrid Krau, S. 3-7).¹ Im Wohnungsbau muss, wenn die Einwohnerdichte gehalten werden soll, zwangsläufig eine Erhöhung der Geschossflächenzahl erfolgen. Im Zusammenspiel mit der Siedlungsdichte führt dies zum Ergebnis urbaner Dichte, die eine städtische Siedlung lebens- und liebenswert und am Ende auch leistungsfähig macht. Ein Blick auf beispielhafte Lösungen (siehe Seite 3-7)¹ belegt, dass die messbare Bebauungsdichte von Stadtquartieren nicht direkt mit der Wohnlichkeit zusammenhängt. Es kommt darauf an, ob gut geplant und gut gebaut wird. In diesem Zusammenhang kann man die Skepsis, mit der die Stadtgesellschaft auf Veränderungen in den Quartieren und städtebauliche Projekte reagiert, als produktiven Beitrag zur Gewinnung überzeugender Lösungen und Ermunterung zur Ertüchtigung öffentlicher Einrichtungen verarbeiten. Man kann an Hand gelungener Lösungen über Chancen der Verdichtung reden und muss nicht blocken.

Die Verdichtung – in bestehenden Quartieren oder durch neu angelegte Siedlungen – fordert die Ertüchtigung der öffentlichen Einrichtungen, Wohnungsbau, Verkehrswesen, Stadtentwässerung, Sozialeinrichtungen, Anlagen für Sport und Kulturpflege, öffentliches Grün. Praktisch zeigt sich, dass die verschiedenen Einrichtungen, deren Kombination die Stadt als Lebensraum interessant und leistungsfähig macht, nicht gleichmäßig mitwachsen können.

Auch eine bestens gelungene Verdichtung von Quartieren kann z.B. Verkehrseinrichtungen an die Auslastungsgrenze treiben. Die Skalierung der Ausbauschritte des Wohnungsbaus ist – zeitlich wie finanziell – viel feiner als z.B. bei einer U-Bahnstrecke. Das heißt: Eine Zeitlang nimmt das Verkehrssystem die zunehmende Auslastung auf, ohne dass groß weitere Kosten anfallen. Aber irgendwann wird ein großer Ausbauschritt fällig.

Skalenvorteile, Auslastungsgrenzen, Skalensprung

Skalenvorteile, Skalensprünge, intervallfixe Kosten sind Begriffe aus dem Werkzeugkasten der Volks- und Betriebswirtschaftslehre, die helfen können, diese Problematik einzukreisen.²

So ergeben sich im Gebiet des einmal ausgebauten U-Bahn-Netzes jahrzehntelang Skalenvorteile für die dort angesiedelten gewerblichen und privaten Nutzer, während die finanziellen Lasten und die Einschränkungen im täglichen Leben während der Bauzeit in Vergessenheit geraten. Man spricht von einer treppenförmigen Kosten- bzw. Lastenfunktion. Die heutige komfortable Situation Münchens ergibt sich aus dem großen Stadtausbau in den sechziger und siebziger Jahren, dem politischen Bruch mit dem Konzept der „autogerechten Stadt“, dem Ausbau des U-Bahn-/ S-Bahn-Systems, der Fußgängerzone, des öffentlichen Grüns – um nur einige Stichworte zur damaligen umfassenden Neubestimmung der Stadtentwicklung zu nennen. Es ergaben sich Chancen der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung, die bis heute wirken. Aber der Entwicklungsraum, den die öffentlichen Einrichtungen der Stadt aufspannen,

hat – ähnlich einer gewerblichen Produktionsanlage – Auslastungsgrenzen. Was sind Zeichen dafür, dass die Stadt eine neue Ausbaustufe nötig hat?

Zunächst einmal nehmen die Skalenvorteile ab.

Sie sind in München heute schon für neu hinzu kommende Menschen und Unternehmen deutlich niedriger als für Alteingesessene. Dies lehrt schon ein flüchtiger Blick auf die Mieten, die Zuziehende zahlen müssen, und auch auf die Kosten, die z.B. für neu hinzukommende Baulichkeiten anfallen. In den Augen der Zuziehenden ist München chancenreich, aber wahnsinnig teuer.

Sodann stellt sich heraus, dass Einzelprojekte, durchaus auch große und kostspielige, nicht so recht überzeugen. So wird es bei Verkehrsbauten der öffentlichen Hand immer schwieriger, die Hürde der gesetzlich vorgeschriebenen, standardisierten Kosten-Nutzen-Rechnung zu nehmen. Auf den gewohnten Pfaden kommt man nicht mehr voran.

Vor dem Sprung: Eine Konzeptdiskussion

Ein Rückblick auf die Zeit des großen Stadtausbaus in den 1960er und 1970er Jahren: Die Wende weg von der autogerechten Stadt ging zusammen mit der Kritik an der Unwirtlichkeit der Städte und am autoritär verwalteten Gemeinwesen, mit der Forderung nach Transparenz, Teilhabe und mehr Demokratie und nach Umwelt- und Naturschutz. Bevor geplant und gebaut werden konnte, legte das Fundament dazu eine Konzeptdiskussion, in der politische, kulturelle, wirtschaftliche und städtebauliche Ziele gleichzeitig zur Debatte standen.

Die moderne europäische Stadt lebt vom Nebeneinander und der wechselnden Vielfalt sämtlicher produktiver Faktoren, neue Kombinationen liegen in der Luft und entstehen auch tatsächlich. Die Entwicklungswege der Stadt folgen nicht der Logik des spezialisierten Unternehmens, in dem das Management sagt, was zu geschehen hat und wie es gemacht werden muss.

Die Offenheit für wechselnde und teils auch neue Kombinationen ergibt sich aus der urbanen Verdichtung, weil und soweit die Bürgerinnen und Bürger, die ihr berufliches und privates Vermögen einsetzen, in ihren Entscheidungen frei sind. Diese Entscheidungsfreiheit – bei der Berufswahl, beim Betrieb eines Gewerbes, bei der Wahl von Bekenntnis und Lebensstil – ist nicht nur eine Frage der politischen Verfassung. Sie erleichtert der Stadtgesellschaft die Auseinandersetzung

Standpunkte

03.2015

Online-Magazin des Münchner Forum e.V.



http://muenchner-forum.squarespace.com/storage/standpunkte/2015/Standpunkte_03_2015.pdf

Inhalt: Themenschwerpunkt: Das Unbehagen mit der Dichte – Wachstumsschmerzen in München – Anmerkungen zum Dichte-Begriff – Gartenstädte in München – Grenzen der Bebauungsdichte – ein Plädoyer für Urbanität – München: Stadtgesellschaft auf dem Sprung – Das Grüne Herz Münchens auf dem Prüfstand: Finanzgarten – Alles ganz dicht? Gegen eine Themen-Einschnürung auf bauliche Dichte – Abschied von der Stadt? – Abbruch und Neubau in der Prannerstraße – Eine Chance für die Rekonstruktion – Radio Lora zieht um – Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h. c. mult. Gerd Albers – ein Nachruf.

1 Der Beitrag erschien zuerst in der März-Ausgabe der „Standpunkte“, Internetadresse s.o., S. 16

2 ebd., S. 3-7: Wachstumsschmerzen in München / Anmerkungen zum Dichte-Begriff. Von Ingrid Krau.

3. Link: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/4552/intervallfixe-kosten-v5.html>

4. Ökonomische Eigenschaften von Infrastrukturnetzen (Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation), <http://www.uvek.admin.ch/infrastrukturstrategie/02569/02573/02590/index.html?lang=de>



Der Münchner Stachus: Im Verkehrskollaps, als jahrelang belastende Baugrube und dann als (vorläufiger) westlicher Endpunkt der Fussgängerzone. – Heute stößt das in den Untergrund verlagerte Verkehrssystem wiederum an eine Auslastungsgrenze.

zung mit neuen Herausforderungen, die kulturell und politisch verarbeitet und dann aber auch technisch gelöst werden müssen.

Der Deutsche Zollverein und das Streben nach Gewerbefreiheit schafften das politisch-ideologische Umfeld für den Durchbruch zur Eisenbahntechnologie, die den Städten ferne Energie- und Rohstoffquellen und Absatzmärkte erschloß. Erst als humanistische und soziale Bewegungen Gesundheit und Hygiene als eine öffentliche Aufgabe formulierten, wurde eine Siedlungsdichte greifbar, die München zur Industriestadt werden ließ. Wasserzuleitung und Entwässerung, Elektrifizierung, Motorisierung, Straßenbau, Wohnungsbau, Schulwesen, Forschungseinrichtungen, öffentlich finanzierte und zugängliche Anstalten zur Pflege der Kultur, öffentlicher Personennahverkehr, immer mussten technische, politische und kulturelle Faktoren aufeinander abgestimmt werden. Und wenn ein Skalensprung gelungen war, folgte eine Zeit der Skalengewinne, der Perfektionierung der Nutzung, der Ertüchtigung der Einrichtungen und dann die Notwendigkeit, die Zeichen der Zeit richtig zu lesen.

Vor einer Umbruchphase: Streit ums Detail – Streit um die Perspektive

Die Verdichtungsphase, die unsere Stadt gegenwärtig zu bewältigen hat, erzeugt eine spezifische Diskussionsstruktur. Positiv gesagt geht es darum, durch pfiffige Ideen und gekonnte Perfektionierung den Bestand zu ertüchtigen. Beispielweise durch bessere Steuerung und höhere Taktzeiten bei U- und S-Bahn, klugen Zuschnitt von Wohnungen, Anpassung der Wohnfläche an die Bedürfnisse z.B. durch Erleichterung von Wohnungstausch, Nutzung des öffentlichen Raums für kulturelle Zwecke, verbesserte Gestaltung und Pflege des öffentlichen Grüns usw. Es gibt viele Anzeichen, dass eine wachsende Öffentlichkeit sich für gelingende Projekte interessiert, so wie auch die Kritik an Fehlentwicklungen sich lebhaft entfaltet. Für diese notwendigen Diskussionen typisch ist die Liebe zum Detail. Die Bewegung zur Ertüchtigung der städtischen Einrichtungen ist tägliches Geschäft der Stadtverwaltung. Ihre Kenntnisse, ihr Fachwissen und ihre Fähigkeit zur Problemlösung sind im Dialog mit der Öffentlichkeit gefragt. Hier wird von der Verwaltung, der Presse, dem aufmerksamen Publikum viel getan, und damit ist auch viel zu gewinnen. Aber die Problematik sinkender Skalenerträge und steigender Kosten wird sich durch solche Anstrengungen nicht entspannen. Eine dramatische Folge solcher Kostensteigerung ist die soziale Verdrängung, die tief in die Lebensweise der Stadtgesellschaft eingreift.

Soll München Metropolen wie London, Paris oder New York nacheifern, deren Kerngebiete so teuer sind, dass sie als Lebensraum für die meisten Menschen ausfallen? Unausweichliches Schicksal ist das nicht. So schält sich etwa in den Niederlanden oder der Schweiz eine andere Art des Siedlungszusammenhangs heraus, in der es auf Partnerschaft im Netzwerk ankommt.

Herrschendes Zentrum versus Partner- schaft im Netzwerk

Die Landeshauptstadt München bemüht sich in den letzten Jahren erkennbar, mit den näheren und ferneren Nachbargemeinden nicht mehr so sehr von oben herab, allwissend und chefmäßig zu verhandeln, sondern im Dialog gemeinsam an übergreifenden Lösungen zu arbeiten. Die Idee, alle Spitzeninstitutionen der Politik, der Kultur, der Wissenschaft und Wirtschaftslenkung in einer Hauptstadt zusammenzupacken, verblasst. Chancen der Arbeitsteilung im Raum tun sich auf. In diese Richtung deuten auch die Zahlen für das Wirtschaftswachstum. Der vormals ländliche Raum, durch Mobilität und Kommunikationsmittel

erschlossen, bietet inzwischen viele Chancen, die vor Zeiten nur im Zentrum des Ballungsraums bestanden. Es ist nicht mehr nötig, sämtliche Spitzen-einrichtungen im Zentrum der Ballung unterzubringen. Man kann heute hinterm Wald wirken und trotzdem auf der Weltbühne mitspielen.

Die Vorteile der freieren Standortwahl in einem gut erschlossenen regionalen Netzwerk können sich entfalten, wenn die Kommunikation zwischen den selbstverwalteten Gemeinden auf Partnerschaft gestimmt ist.

Geht dann alles in der Fläche auf? Absehbar bleibt eine ganz spezifische Leistung der Stadt. Sie ist in Zeiten der Globalisierung Schnittstelle zwischen der Region und der Welt. Diese Leistung kann die Stadtgesellschaft nur erbringen, wenn sie Offenheit und Aufgeschlossenheit für das Andere geradezu kultiviert. Die Auseinandersetzung mit rassistischen und fremdenfeindlichen Bestrebungen ist auch deswegen notwendig. München muss bunt, muss sozial, weltanschaulich und kulturell gemischt sein, damit es als Schnittstelle zur Welt funktionieren kann. Diese Maxime, die im städtischen Leben gewachsen ist, taugt auch als Maßstab der vielen fälligen Ertüchtigungs- und Verbesserungsmaßnahmen.

Geht man von der übergreifenden Idee des partnerschaftlichen Umgangs aus – in der harten Sprache der Wirtschaft geht es um die Hebung komparativer Vorteile oder, noch brutaler gesagt, um den Blick für Win-Win-Geschäfte –, wird die tatsächliche Entwicklung des regionalen Netzwerks leichter verständlich. Das U-Bahn und S-Bahn-Netz hat zusammen mit dem Straßenbau das Land zum Umland des Zentrums gemacht. Heute sehen wir, wie sich entlang der Verkehrsverbindungen zu den nahen großen Städten alte Landstädtchen zu kulturell selbstbewussten und wirtschaftlich selbsttragenden Siedlungen entwickeln. Erst jüngst hat dies der Bürgermeister der Gemeinde Pfaffenhofen, Thomas Herker, bei einer Veranstaltung des Münchner Forums im Gasteig überzeugend dargelegt, eine Veranstaltung, bei der auch die Münchner Stadtbaurätin, Frau Professor Merk, von der Suche nach Wegen zur übergreifenden Zusammenarbeit bei der Lösung von Planungsproblemen berichtete – als Beispiel war die Rede von Möglichkeiten der Verwertung von ehemaligen Militärf lächen.

Die Skalenprobleme, die München hat, drängen nach Lösungen im Maßstab der Region. Stoffe wie der Bundesverkehrswegeplan oder der Landesentwicklungsplan werden auf der Suche nach Problemlösungen erschlossen werden müssen.

Martin Fochler

Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen

Konferenz „Die Kapitalistische Moderne herausfordern II“ vom 3. bis 5. April 2015 in der Universität Hamburg (Audimax)

Als Fortsetzung der 2012 veranstalteten Konferenz „Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch“ des „Network for an Alternative Quest“** lud das Netzwerk für den 3. bis 5. April 2015 erneut nach Hamburg ein. Diesmal – in Erwartung größeren Interesses wegen der Bekanntheit des demokratischen Aufbruchs in Rohjava (West-Kurdistan / Nord-Syrien) und des erfolgreichen Kampfs gegen den IS – in das größere Audimax. Es kamen ca. 1000 Menschen.

* Das **Network for an Alternative Quest** besteht aus: Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ • KURD-AKAD Netzwerk kurdischer AkademikerInnen • YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan • Kurdistan Report • ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V. • Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden • Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

Redner aus verschiedenen Teilen der Welt kamen (Südafrika, Venezuela, Mexiko, Kanada, USA, Indien, Galizien, Großbritannien, den verschiedenen kurdischen Gebieten sowie natürlich aus der BRD) ebenso wie TeilnehmerInnen aus verschiedenen Gegenden dieser Welt.

Nach der warmherzigen Begrüßung durch Prof. Norman Paech, der die Modernität und den Schwung der aktuellen Entwicklungen in der kurdischen Gesellschaft sehr begrüßte und den Teilnehmenden der Konferenz in Erinnerung rief, dass gesellschaftliche Veränderungen nie in Konferenzen durchgesetzt werden, fand Prof. Elmar Altvater einleitende Worte in das Thema. Freiheit brauche Solidarität, ob nun im Mittleren Osten oder auch Griechenland oder wo sonst in der Welt. In vielen Teilen der Welt werden bestehende Grenzen immer mehr in Frage gestellt, im Mittleren Osten scheint es sich eher um eine partielle Auflösung derselben zu handeln als um eine Neuziehung. Auch bei der Betrachtung der Entwicklungen ließe sich erst im Nachhinein sagen, ob diese zu einem erneuerten Kapitalismus führen, oder zu etwas Neuem, Anderem, zur Überwindung des Alten, zum Ende der Einverleibung der begrenzten Ressourcen des Planeten durch die kapitalistische Verwertung.

Eine Grußbotschaft Abdullah Öcalans (dessen Freilassung ein großes neben der Bühne gehängtes Transparent forderte, siehe Foto) schloss den Einführungsteil ab. Er betonte die Notwendigkeit und Möglichkeit, die seit ca. 5000 Jahren kontinuierlich weiterentwickelten Formen staatlicher Herrschaftsmechanismen, Patriarchat und Ausbeutung zu überwinden und begrüßte den Kongress als einen möglichen Schritt in diese Richtung.

Referiert und diskutiert wurde in den folgenden Tagen in fünf „Sessions“: Die kapitalistische Moderne sezieren • Demokratische Moderne • Ökologische Industrie und kommunale Ökonomie • Die Stolpersteine revolutionärer Theorie

überwinden • Lehren aus alternativen Praktiken

Sezierung der kapitalistischen Moderne

In der Session 1 wurde einleitend ein feministischer Ansatz von Wissenschaft vorgestellt (Dr. Muriel Gonzales Athenas, Köln), um die Denkmuster des Wissenschaftsbetriebs seit der „Aufklärung“ (lineare Geschichtsentwicklung, einheitliche Identitäten, dichotomisches Denken, Zweigeschlechtlichkeit des Menschenbildes etc.) überwinden zu können.

Kenan Ayaz, kurdischer Menschenrechtsaktivist, betonte den Charakter des Kapitalismus als komplexes System von Akkumulations- und Ausbeutungsverhältnissen, dass die Geschichte keine Abfolge von Zwangsläufigkeiten ist und der Kapitalismus – in welcher Ausdrucksform auch immer – keinesfalls den Endpunkt oder gar Höhepunkt der Geschichte darstellt.

Prof. David Harvey (City University of New York) entschloss sich aus seiner letzten Veröffentlichung „Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“ zwei herauszupicken: a: was bedeutet Antikapitalismus bzw. was ist das Wesen des Kapitalismus; und b: warum sollten wir antikapitalistisch sein, obwohl es uns doch gut zu gehen scheint – ist ethischer Kapitalismus möglich? Im Ergebnis kommt er in seinem Referat dahin, dass die zentrale Bedeutung des Tauscherts im Kapitalismus zu Vernichtung führt und für eine ethisch konzipierte (Welt)Gemeinschaft der Gebrauchswert entschieden in den Vordergrund gehört. Wie der am Samstag referierende Prof. David Graeber (London School of Economics, („Schulden – Die ersten 5000 Jahre“; „Direkte Aktion. Ein Handbuch ...“) gehe er davon aus, dass „Wert“ eine soziale Beziehung ist, „Arbeit“ soziale Verhältnisse schafft, und dass die zentrale Bedeutung des Tauscherts nur zu Wachstumszwang führt und damit im Endeffekt alle sozialen Beziehungen sich unterordnet bzw. zerstört. Eins seiner



noch unausgereiften Vorhaben bestehe darin, zusammen mit Graeber ein Buch zu schreiben: die eine Hälfte von ihm mit dem Titel „Hör zu, Anarchist!“, die andere Hälfte von Graeber mit dem Titel „Hör zu, Marxist!“. Das wäre sicherlich interessant.

Dr. Radha D'Souza aus Indien referierte über die Unvereinbarkeit von Industrialismus / Kapitalismus und Demokratie und berichtete u.a. von Erfahrungen in Indien, wo zunehmend die gigantischen Projekte (Riesenstaudämme zur Zentralisierung des Energiesektors; Industrialisierung der Landwirtschaft und deren Durchdringung durch die chemische Industrie etc.) in Frage gestellt werden und erfolgreich auch in großem Maßstab an traditionelle Herangehensweisen an z.B. Energiegewinnung angeknüpft wird. Der Dritten Welt ist die Modernisierung nach Maßgaben der kapitalistischen Zentren in Europa und den USA aufgezwungen worden, aber alle brauchen ihre eigene Entwicklung. Ein tamilisches Sprichwort besagt: Baue klein – Lebe groß. Der Industrialismus aber baut groß und macht das Leben klein. So habe auch der Industrialismus des 19. Jahrhunderts zum Militarismus des 20. Jahrhunderts geführt. Auch sie kritisiert die „Aufklärung“ bzw. wofür sie die Matrix liefert: die Vorstellung, dass ALLES erfasst und geregelt werden soll (und kann). Und so werden der Dritten Welt durch die großen Konzerne Konzepte aufgezwungen, die die Menschen immer weiter in Abhängigkeit und Not hält.

Anregungen der kurdischen Befreiungsbewegung und kommunalistische Herausforderungen

In den folgenden zwei Tagen der Konferenz wurden verschiedene Aspekte gesellschaftlicher Entwicklungen und Möglichkeiten vorgestellt und besprochen. Die „Demokratische Moderne“ und der „Demokratische Konföderalismus“ als von der kurdischen Bewegung vorgeschlagenes und teilweise in

Rojava umgesetztes Konzept, Teil des Programms der PKK (2005 verabschiedet) wurde in den jeweiligen Aspekten sowohl theoretisch behandelt als auch durch Berichte aus verschiedenen kurdischen Regionen mit den Erfolgen und Problemen in der Praxis beleuchtet. Für die westlich sozialisierten Beobachterinnen mutet es erstaunlich an, dass ausgerechnet in der Region des immer noch stark feudalistisch geprägten sog. Mittleren Ostens sich eine Bewegung mehr und mehr etabliert und als gesellschaftlich relevante Alternative fungiert, die die Frauenbefreiung, Abschaffung des Nationalstaats und Demokratisierung aller Lebensbereiche als dringlichste und zentrale Aufgaben behandelt.

Die Bedeutung der Commons / Gemeingüterproduktion und -verwaltung wurde in mehreren Beiträgen betont, sowohl in eher allgemeinen Referaten als auch in Berichten von bestehenden Kooperativen in Amed (Diyarbakir) und Kreta.

In den Beiträgen der kurdischen TeilnehmerInnen spielte der Aspekt der Frauenbefreiung und wie sie gesellschaftlich durchgesetzt UND verankert werden kann immer eine zentrale Rolle. Eine Haltung, von der einige Redner aus der westlichen Hemisphäre sich sicher noch das eine oder andere abschneiden können.

Der Samstagabend, 4.4., wurde mit einem Konzert kurdischer MusikerInnen abgeschlossen, mit dem Abdullah Öcalan zu seinem 66. Geburtstag gratuliert wurde.

Lehren aus alternativen Praktiken

Der abschließende Sonntag stand unter dem Motto: Lehren aus alternativen Praktiken. Der kurdische Studierendenverband (YKK) zum Bedeu-

tungswandel des Internationalismus-Begriffs seit dem 19. Jahrhundert im Allgemeinen und dem der PKK im Besonderen (von der „Nationalen Befreiung im internationalen Kontext“ in den 70er-Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Konzept der „Demokratischen Moderne“ als Alternative zum Nationalstaat. Vom „Community Organising“ in Montreal wurde in einem weiteren Beitrag ebenso berichtet wie von den Problemen der Entwicklung in der Republik Südafrika nach dem Ende des Apartheidregimes durch den Sprecher der South African Communist Party (alliiert mit dem ANC).

Der Verantwortliche „Für Regionalregierungen und Stadtverwaltungen in Kobanê“ konnte von den verschiedenen Problemen und Lösungsansätzen beim Aufbau demokratischen Konföderalismus' in Rojava und besonders Kobanê vor, während und nach dem dort eskalierten Krieg gegen den IS berichten. Die Rednerin aus Süd-Kurdistan (Irak) hatte von den deutschen Behörden leider kein Visum erhalten konnte deshalb nicht kommen. Eine kurdische Journalistin sprang ein und konnte über die Probleme in der gesellschaftlichen Entwicklung dort berichten.

Janet Biehl, Vermont, Autorin zum Thema Demokratie und Ökologie, Lebensgefährtin von Murray Bookchin, dessen Arbeiten zu Kommunalismus sehr stark in das Buch von Abdullah Öcalans eingeflossen sind, war wie bei der letzten Konferenz anwesend und referierte über traditionelle rätendemokratische Prozesse in Vermont (USA).

Ein kleiner Höhepunkt war eine Videodirektschaltung zu den Kommandantinnen der Selbstverteidigungseinheiten von Kobanê, die ihr Konzept der Selbstverteidigung vorstellten, zu dem

Abdullah Öcalan, Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, Broschiert: 600 Seiten, Verlag: Mesopotamien Verlag; Auflage: 2 (21. März 2015), Sprache: Deutsch, ISBN-10: 3941012207. In jeder wirklich guten Buchhandlung, beim Verlag selbst, auf Büchertischen oder (ausnahmsweise mal!) bei Amazon

Murray Bookchin, Die Ökologie der Freiheit. Wir brauchen keine Hierarchien
Das Programm der Konferenz mit einer Kurzvorstellung der RednerInnen: <http://networkaq.net>

außer den Waffen auch und untrennbar verbunden Bildung, kollektive Organisation der sozialen Fragen und der Produktion, Versammlungen mit möglichst allen etc. gehören.

Fazit

Die Redebeiträge und Diskussionen wurden während der ganzen Zeit simultan in 6 Sprachen übersetzt. Die Stimmung in den Tagen in Hamburg war geprägt von Neugier, Information und Diskussion und dem Wissen, dass eine Form von Gemeinsamkeit und Respekt gefunden werden muss, die uns aus dem Wahnsinn des kapitalistisch geprägten Alltags herausführen kann. Für viele war sie sicherlich ein Ausgangspunkt für einen Aufbruch in weitere „alternative quests“, die unseren Blick und unsere jeweilige Praxis weiter über den kleinen europäischen Tellerrand hinausschauen und -wirken lässt. Diese Konferenz hat sicherlich vielen Menschen das eine und andere mit auf den Weg „nach Hause“ gegeben, das dazu beitragen kann, den gesteckten Zielen mit Ausdauer näher zu kommen.

Holger Deilke

Nach den Wahlen in Israel: Ernüchterung bei den Linken

Der Zauber wirkt noch immer. Netanjahu siegt erneut

Am Tag nach den Wahlen in Israel wissen wir es: Der alte Zauberer Benjamin Netanjahu hat zum vierten Mal nach 1996, 2009 und 2013 die Wahlen gewonnen. Die Kampagne seiner Herausforderer vom Zionistischen Lager, die zum Wahlkampfauftakt erfolgte Zusammenführung von Kadima, einer Abspaltung von Likud und der Arbeitspartei misslang gründlich. Sie prangerten Netanjahu als degoutant an und stellten ihr Führungsduo Jitzchak Herzog und Tzipi Livni als anständige Alternative, die jedoch keinem wehtun würde – weder den Wirtschaftsbossen, noch den SiedlerInnen in den besetzten Palästinensergebieten. Die gegen ihn gerichtete Kampagne verstand Netanjahu jedoch zu seinen Gunsten umzukehren und vermochte es – entgegen allen Prognosen – ein fulminantes

Comeback kurz vor der Zielgerade zu vollbringen.

Netanjahus Gegenoffensive war eine mitunter rassistisch unterlegte Angstkampagne. Noch am Wahltag warnte der amtierende Premier davor, dass die arabisch-palästinensische Minderheit im Land mit Bussen zu den Wahllokalen gekarrt werde und gegen die Interessen der jüdischen Mehrheitsgesellschaft stimmen würde. Schon in den Wochen davor stilisierte er sich zum weißen Ritter, der nicht einmal davor zurück schreckte, den amerikanischen Präsidenten vor beiden Häusern des US-amerikanischen Parlaments zu brüskieren, wenn es darum geht, Israel und das jüdische Volk – in dessen Namen er zu sprechen vorgibt – vor dem Untergang zu retten. Das Kalkül ging auf! Viele

israelische Wähler scharten sich an der Wahlurne, um das so angefachte Stammesfeuer in einer unsicheren Welt – in dem ein ständiger Kampf zwischen Gut und Böse herrscht, in der es nur ein Siegen oder ein Besiegt-Werden geben kann – am brennen zu halten.

Das Ergebnis und eine wahrscheinliche Koalition

Im Ergebnis wird Netanjahus Likud mit voraussichtlich 30 Mandaten von 120 Knesset-Abgeordneten mehrere Koalitionspartner suchen müssen. Diese wird er aber wahrscheinlich vor allem aus dem eigenen rechten Lager rekrutieren können, ohne zusammen mit dem Zionistischen Lager (24 Mandate) eine Große Koalition bilden zu müssen. Natürliche Partner wären Das Jüdische Haus,

eine Partei mit einem geschlossenen, rassistischen Weltbild und acht Mandaten, Unser Haus Israel des Populisten und vor allem bei Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion beliebten Avigdor Lieberman (sechs Mandate), sowie die beiden Parteien, die die sektoralen Interessen der religiösen Juden vertreten (insgesamt 13 Mandate). Zusammen mit den zehn Mandaten von Wir Alle des abtrünnigen Likud-Ministers Mosche Kachlon würde er 67 Mandate haben und damit eine für israelische Verhältnisse stabile Regierung bilden können, die Wahlanalysten im Vorfeld der Wahlen kaum für möglich gehalten hatten.

Keine Alternative in Sicht

Das Wahlergebnis bedeutet die Fortführung der jetzigen israelischen Regierungspolitik auf allen Feldern. Schon während des Wahlkampfes vermieden alle Hauptakteure eine ernsthafte Diskussion über die zwei großen Problemfelder, die Israels Geschicke maßgeblich bestimmen: Der Konflikt mit den PalästinenserInnen und die sich stetig vertiefende Besatzung der Palästinensergebiete samt ihrer verheerenden Wirkungen auf die innere Verfasstheit der israelischen Gesellschaft und Demokratie einerseits, andererseits eine Wirtschaftspolitik, die die Kluft zwischen Arm und Reich enorm wachsen und die öffentlichen Güter zugunsten eines kaum regulierten privaten Sektors immer weiter schrumpfen lässt. Gegen Letzteres entstand vor wenigen Jahren eine enorme Protestwelle, die bei diesen Wahlen allerdings nur noch blasse Erinnerung blieb.

Linke Reaktionen

Bei den israelischen Linken ist die Enttäuschung groß. Viele haben zwar den

Zentristen um das Zionistische Lager keinen grundsätzlichen Politikwechsel zugetraut, doch hofften sie darauf, dass wenigstens einige spektakuläre Siedlungsprojekte gestoppt, die Privatisierungspolitik abgemildert und das menschenverachtende Internierungslager für Flüchtlinge aus der Subsahara geschlossen würden.

Das Ergebnis sorgt für Ernüchterung, doch manche linke AktivistInnen und BeobachterInnen, etwa der politische Geograf Oren Yiftachel sehen das auch positiv. Diese Wahlen hätten uns klar vor Augen geführt, dass das politische System in Israel nicht in der Lage sei, die existentiellen Themen anzugehen. Auf dieser Analyse aufbauend müssen die israelischen Linken aller Couleurs die Säulen eines notwendigen, grundlegenden Politikwechsels eruieren. Vor allem angesichts der fortwährenden Kolonisierungspolitik gegenüber den PalästinenserInnen seien diese Wahlen auch ein Weckruf an die internationale Gemeinschaft, sich stärker, ähnlich wie in Nordirland oder Südafrika, zu engagieren.

Wer ist Träger emanzipatorischer Politik?

Angesichts des schlechten Abschneidens der vor allem vom jüdischen Bildungsbürgertum gewählten Partei Meretz, die offensiv und wagemutig mit dem inzwischen verfeimten Begriff Links umging – ihre Vorsitzende Zehava Galon ist angesichts von nur noch vier Mandaten zurückgetreten – bleibt in der parlamentarischen Sphäre jenseits einiger einzelner Abgeordneten der Arbeitspartei die Vereinte Liste die einzige Hoffnung auf emanzipatorische Politik.

Die Vereinte Liste möchte die gesamte palästinensische Minderheit in Isra-

el vertreten, die etwa zwanzig Prozent der israelischen Bevölkerung ausmacht. Ihre Mitglieder sind gleichberechtigte Staatsbürger Israels, werden aber gleichzeitig stark benachteiligt. Die Liste verbindet die linke, ehemals kommunistische Chadasch mit Balad, einer palästinensischen nationalen bis nationalistischen Partei, die sich von Chadasch abgespalten hatte, sowie eines vor allem islamistisch geprägten Parteienbündnisses. Die Reaktionen auf die Vereinigung waren begeistert. Die Wahlbeteiligung erhöhte sich beträchtlich, sodass die palästinensische Minderheit künftig deutlich besser vertreten und in der kommenden Knesset mit 13 oder 14 Mandaten drittgrößte Partei ist.

Dieses gewagte Experiment wird vom israelischen Establishment unisono abgelehnt, gestern durften sie bei der wichtigsten Elefantenrunde im Fernsehen nicht einmal mit dabei sitzen. Doch auch wenn die Vereinte Liste nur von wenigen Tausend jüdischen Israelis gewählt wurde – sie ist neue Heimat derjenigen jüdischen Israelis, die an Chadasch angebunden sind, darunter vor allem radikale, anti- und postzionistische Linke –, so hat sie ausdrücklich ein politisches Angebot für die gesamte israelische Gesellschaft, für ein Ende der Besatzung und für mehr soziale und ökonomische Gerechtigkeit. Ob die Vereinte Liste mehr als die Summe ihrer Teile wird und ob sie von weiteren – außerparlamentarischen – Kreisen als emanzipatorische, gesamtgesellschaftlich relevante Kraft wahrgenommen wird, werden wir erst in den Wochen und Monaten nach den Wahlen feststellen können.

*Tsafrir Cohen,
Rosa Luxemburg Stiftung,
18. März 2015
www.rosalux.de*

Dokumentation der Rosa Luxemburg Stiftung über einen internationalen Workshop zum Ausgang der Wahlen zum Europaparlament

Im Juli 2014 fand bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin ein internationaler Workshop über Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament aus Sicht der Europäischen Linken statt. Cornelia Hildebrandt hat ein Heft der Rosa Luxemburg Stiftung editiert und auch selbst wesentliche Beiträge erarbeitet, in welchem die meisten der im Workshop vorgetragenen Analysen sowie Zusammenfassungen und zahlreiche Statistiken nachlesbar sind.¹

Workshop-Sprache war Englisch, ein Vortrag wurde in Französisch gehalten. Durch die Teilnahme unterschiedlichster politischer und wissenschaftlicher Akteure und aufgrund der diskursfreudigen Atmosphäre des Workshops entstand ein erstaunliches Bild der tatsächlichen Dimension des europäischen politischen Gefüges wie auch der viel-

schichtigen Positionen innerhalb der linken Community. Die Gelegenheit, mit Vertretern aus so vielen verschiedenen Ländern zu diskutieren, trägt mit Sicherheit dazu bei, die Unterschiedlichkeit in den historischen, politischen, örtlichen und situationsbedingten Strukturen erst einmal wahrzunehmen. Auch wenn der eine oder andere Beitrag in der Diskussion versuchte zu belehren, war die überwiegende Tendenz in diesem Workshop das Interesse, zu klären und zu verstehen, was denn in den verschiedenen Ländern tatsächlich der Fall ist. Umso mehr kann man auf die für Juni diesen Jahres vorgesehene erneute Runde eines solchen Workshops gespannt sein.

„Im Namen der Sozialdemokratie“

Der – in Französisch gehaltene – Ein-

leitungsvortrag über die europäische Sozialdemokratie, der im Reader nicht dokumentiert ist, stammte von Gerasimos Moschonas,² meine Zusammenfassung seiner Thesen würden in etwas wie folgt lauten:

1. Die europäische Sozialdemokratie (SD) werde tendenziell überall schwächer.

2. Dies schaffe neue Bedingungen: es brauche gute Gründe, um diese Tendenz umzukehren.

3. Ideologisch finde ein Rückzug der SD statt: historisch gesehen (1890–1914) bestünde der Vektor der SD aus vier Forderungsgruppen: Demokratisierung, liberaler Radikalismus (kulturell, Säkularisierung etc., Frauenrechte), sofortige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und Schutzrechte, soziale

Gleichheit und Gerechtigkeit.

4. Die „radikale“ SD habe zusätzlich die Forderung nach radikaler Änderung der Gesetze, um einen Sozialismus zu erreichen.

5. In diesen Forderung stecke ein inhärenter Dualismus: Reformität – Radikalität.

6. In diesem Sinne seien alle Linken Sozialdemokraten.

7. Nach 1918 dann zwei Parteien: SD und radikale Linke.

Aus diesen Thesen folgerte Moschos, dass quasi erledigte Forderungen für die SD den Verlust des spezifischen Charakters bedeuteten. Die modernen demokratischen Defizite in den einzelnen Staaten sowie auf der Ebene der EU, und die uneinheitliche wirtschaftliche Dynamik im Euroraum sowie die ökonomische Modernisierung seien Indizien dafür, dass die SD kein Teil der Arbeiterbewegung mehr sei.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gab es nach Meinung von Moschos zwei Verlierer: die Christdemokraten und die SD, also die traditionellen Parteienfamilien. Er stellt die Frage nach der Zusammenhang zur Krise des Liberalismus (basic liberal demands).

Berichterstattung und Versuche der Bewertung der Wahlergebnisse

Die weiteren Vorträge des Workshops hier wiederzugeben oder auch nur in ihren Kernaussagen zu referieren, würde ausufern. Dennoch ist empfehlenswert für jeden, der sich für Details der Ergebnisse in den einzelnen Ländern der EU und für die Einschätzungen der Vertreter aus den Ländern interessiert, die Broschüre zu Rate zu ziehen. Immerhin waren Vertreter aus der Mehrheit der in der EU vertretenen Staaten anwesenden und wurde über jedes Land berichtet. Dennoch möchte ich auf einige Beiträge besonders hinweisen:

Thilo Janssen: die äußerste Rechte im Europäischen Parlament³

Thilo Janssen machte deutlich, dass die politische Beobachtung des rechten Spektrums im EU Parlament eine elementare Aufgabe für die Arbeit auf europäischer Ebene ist und für die Einschätzung der Entwicklung der Kräfteverhältnisse sowie für das eigene politische Agieren in den Ländern dringend geboten ist. 23% der Mitglieder

des EU-Parlaments zählten sich selbst zur „far right“. Janssens Untersuchung liefern Aussagen zu zwei wichtigen Markern der Beobachtung des rechten Spektrums: Zur Kohärenz, also was sie verbindet, und zur Differenz, was also verhindert, dass sie sich als Fraktion gebildet haben. In drei Punkten hätten sie Kohärenz: Austritt aus der EU, Wiedereinführung der nationalen Grenzen und Stopp der Assoziierungsverhandlungen mit der Türkei. Fünf Hindernisse gäbe es für eine organisatorische Zusammenarbeit, dabei handele es sich um den jeweiligen Extremismus des anderen in folgenden Fragen: nationale Minderheiten, Einwanderer-Communities, Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie. Im Auge zu behalten, was die Rechten im EU-Parlament treiben, welche Anträge und Initiativen sie wie auf den Weg bringen und wo sie sie durchsetzen oder auch nur die Richtung von Abstimmungen beeinflussen, muss als Aufgabe einer sich irgendwie europäisch verstehenden Linken unbedingt wahrgenommen werden bei Strafe der Überrumpelung.

Ein Gastredner aus der Ukraine: Volodymyr Ishchenko⁵

Fünf Monate waren vergangen seit der Flucht von Wiktor Janukowytsch aus Kiew, 2 Monate seit der Wahl von Petro Poroschenko zum neuen Präsidenten der Ukraine und drei Monate vor der Parlamentswahl in der Ukraine, der Flugzeugabsturz der MH 17 der Malaysischen Airline – von daher war es spannend, einen Wissenschaftler der Universität Kiew zu hören. „Es gibt keine andere Lösung als den Dialog.“ Das war das Resümee von Ishchenko, nachdem er in aller Kürze ein Bild von der Situation in der Ukraine gezeichnet hat, das sich in einem Punkt ganz wesentlich von fast allen Beiträgen zu diesem Thema zu diesem Zeitpunkt unterschieden hat: die Beschreibung der inneren Bedingungen eines Landes unter den Interessenskonflikten der westlichen gegenüber der östlichen Agglomerationen. Hier ein paar Stichpunkte der Argumentation: – Die wirtschaftlich Entwicklung seit 1990: viele hatten sich von der Öffnung nach Westen eine Verbesserung der Arbeits-, Einkommens- und Lebensbedingungen erhofft; bekommen haben sie aber nur eine kleine Schicht von Superreichen, die abgeschöpft haben, aber

nichts investiert und verbessert für die Wettbewerbsfähigkeit.

– Er beschreibt die Diversität der Ukraine als Vorteil!

– die starke Opposition, die es über viele Jahre hinweg gegeben hatte, war im wesentlichen auch geographisch verortbar im Osten, aber es gab auch Landgemeinden im Westen, die von Oppositionellen geführt wurden

– Ein Problem stellte in den letzten Jahren die Rolle des Nationalismus und der organisierten extremen Rechten, der Mangel an Distanzierung dazu von Seiten der Intellektuellen und die Verflechtungen der marxistischen Linken mit nationalistischem Gedankengut dar.

– Keine Beachtung des historischen Gepäcks, z.B. dass die Bauern die „Arbeiterrevolution“, die von Russland ausging, nicht verstanden hatten, daher und mobilisiert werden konnten von den Antikommunisten.

– Die Fehler der Janukowitsch-Regierung (die sogenannten „Turbo-Gesetze“), die Ausgrenzung und Restriktion beinhalteten, führten zu den Forderungen gegen Janukowitsch. Wobei hier die Proteste der „crowd“ nicht aufgenommen wurden von den oppositionellen Parteien. Hier begann dann die offene Gewalt, und die Versammlungen verloren an Bedeutung.

– Der Maidan wurde zu einer Bewegung der besitzlosen Arbeiter; für diese hielt eine Öffnung nach Europa hin absehbarer Erleichterungen und Aussicht auf bessere Arbeitsmöglichkeiten und Verdienste bereit.

– Aber die Maidan-Proteste hatten sich in ihrem Charakter ständig geändert. Verheerende Wirkung hatten die Sanktionen und die zur Schau gestellte westliche Unterstützung einer Protestbewegung, die eingepreist von der organisierten Rechten zu keiner Kompromisslösung mehr bereit war.

Der Workshop war nicht das Forum, um die von Ishchenko ausgebreitete Lagebeschreibung wirklich zu diskutieren. Aber dennoch hat es gezeigt, dass die politischen Kräfte in der Ukraine, die an einer Lösung des Problems arbeiten, viel zu wenig wahrgenommen werden. Dass es nicht geht, ein Land nur als strategisches Operationsfeld zu begreifen.

Der für Juni 2015 geplante Workshop dürfte spannend werden.

Eva Detscher

1 Situation on the Left in Europe After the EU Elections: New Challenges; International Workshop of the Rosa Luxemburg Foundation July 21-23, 2014; Reihe rls papers – Herausgeber/Innen: Cornelia Hildebrandt – Erschienen: Januar 2015, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_situation_on_the_left_in_europe.pdf, 169 Seiten.

2 Gerassimos Moschos (pHd, University of Paris-2) ist derzeit assistant professor für vergleichende Politik der Fakultät für politische Wissenschaft und Geschichte an der Panteion Universität, Athen. Seine Forschungsergebnisse sind erschienen in: „IN THE NAME OF SOCIAL DEMOCRACY, The great Transformation 1945 to the present“, Versobooks, UK

3 Thilo Jansen, politischer Berater von Gabriele Zimmer (MEP Die Linke); Autor der Studien: „What is the Political Right-Wing Doing in the European Parliament (2012)“ und „The Parties of the Left in Europe – A Comparison of their Positions on European Policy (2013)“

4 Volodymyr Ishchenko: Deputy Director, Center for Social and Labor Research; Senior Lecturer, Department of Sociology, National University of „Kyiv-Mohyla Academy“ (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie).

5 <http://newleftreview.org/II/87>: VOLODYMYR ISHCENKO: Interview UKRAINE'S FRACTURES

Inhalt

Aktuell	2
Führung 1.0 für Industrie 4.0? • Papst und Armenien	
Griechenland: An mehr Zeit und eigenen Entwicklungsplänen führt kein Weg vorbei	3
Griechenland – EU – Euro: Langjährige Addition verschiedener Fehlentwicklungen und Fehler	
Europäische Pressestimmen zum Konflikt zwischen Eurogruppe und griechischer Regierung	
Bundesregierung sorgt für mehr Panzer und weniger Sicherheit	6
Auslandsnachrichten	9
Polen: Hafengewerkschaft wird Zutritt verwehrt • Portugal: Proteste gegen Sozialabbau • Malta: Streik bei HSBC-Bank • Kenia: Fahrer protestieren gegen 24-Stunden-Schichten • Bangladesch: Todesopfer in Zementfabrik • Vietnam: Tausende Arbeiter im Streik • Indonesien: Gericht hebt Wasserprivatisierung auf • Neuseeland: Sieg der Unite gegen Null-Stundenverträge • Ecuador: Wiedereinstellung von Jimena López	
Aktionen ... Initiativen	10
Abrüstung ist das Gebot der Stunde – Friedensratschlag: Jetzt den Blick auf den Tag der Befreiung • Kleinbauern in Afrika echte Entwicklungschancen bieten! • TTIP, CETA, TISA in die Tonne! • 25 000 bei bunter Blockupy-Demo für solidarisches Europa • H&M-Hohn für echten Existenzlohn • Internationale Wochen gegen Rassismus 2015 • Pflege-TÜV: Paritätischer unterstützt Staatssekretär Laumann • Kritische Aktionäre verweigern Daimler die Entlastung	
Mannheim: Der Widerstand der MieterInnen-Initiative Adolf-Damaschke-Ring führt zum Erfolg	12
Köln: Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte	13
Kommunale Politik	14
Ende des Winternotprogramms: Hamburg. • PPP – Mehr Klarheit und Transparenz erforderlich: Dortmund • Attac gratuliert zur Anti-TTIP-Resolution: Köln. • Die Linke beantragt Knöllchentausch: Aachen. • Linke fordert: Keine öffentlichen Gelder für Olympiade: Lüneburg. • Kommunen weiterhin unter erheblichem Finanzdruck – Unterschiede nehmen zu: Berlin. • „Gewalt gegen Asylbewerber und Flüchtlinge dürfen wir in keinem Fall hinnehmen“. Berlin. • Solidarität stärken, Infrastruktur ausbauen: Berlin.	
Wallraff ante portas	15
Wirtschaftspresse	16
Öffentlicher Dienst – SuE: kraftvoller Auftakt der Warnstreikrunde	17
München: Stadtgesellschaft auf dem Sprung	18
Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen	20
Der Zauber wirkt noch immer. Netanjahu siegt erneut	21
Dokumentation der Rosa Luxemburg Stiftung über einen internationalen Workshop zum Ausgang der Wahlen zum Europaparlament	22



23. bis 26. April 2015, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

80 Veranstaltungen in vier Tagen

Alle Infos und Anmeldung auf www.linke-woche-der-zukunft.de

Teilnahme kostenlos

DIE LINKE.

Linke Woche der Zukunft 23. bis 26. April 2015, Berlin

Die Zukunft beginnt heute: Stress in der Arbeit und ohne sie, öffentliche Armut und explodierende Profite, Alters- und Kinderarmut, marktkonforme Demokratie. Die Zukunft beginnt heute: mit Wirtschaftsdemokratie und Care Revolution, mit Commons und öffentlicher Daseinsvorsorge, Umverteilen und Demokratisierung von Parlament und Öffentlichkeit, mit Willkommenskultur und neuen Formen linker Politik. Was sind linke Alternativen und Strategien für eine wünschbare Zukunft?

80 Veranstaltungen in 4 Tagen

Vorträge, Diskussionen, Strategiewerkstätten, Vernetzungstreffen, Kultur, Stadtpaziergänge. Und zusammen feiern. Deine Ideen, Diskussionen und Erfahrungen sind gefragt! Alle Veranstaltungen hier:

<http://www.linke-woche-der-zukunft.de/veranstaltungen/veranstaltungen/>

Unter dem Dach „Linke Woche der Zukunft“ werden Veranstaltungen verschiedener Träger – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bundestagsfraktion Die Linke und die Partei Die Linke – durchgeführt.

Mit

Elmar Altvater, Volker Braun, Dietmar Dath, Alex Demirovic, Frank Deppe, Klaus Dörre, Anke Domscheit-Berg, Gregor Gysi, Bini Adamczak, Frigga Haug, Bernadette LaHengst, Katja Kipping, Volker Lösch, Birgit Mahnkopf, Chantal Mouffe, Bernd Riexinger, Hans-Jürgen Urban, Sahra Wa-

genknecht, Hilary Wainwright, Gabriele Winker, Raul Zelik – und: Leute von Syriza, Ver.di, Blockupy, Erwerbslosenforum, Interventionistische Linke, Podemos, IG Metall, Gewerkschaft der Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger (USA), Occupy und vielen mehr.

Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 und Umgebung

Eintritt frei, barrierefrei, Anmeldung, Kinderbetreuung und Bettenbörse unter zukunft@linkewochederzukunft.de

Hinweis auf „Newsletter“ der Linksfraktion im Bundestag

Wer kurz und knapp sich informieren will über die Arbeit der Linksfraktion im Bundestag, kann dies mit dem wöchentlich erscheinenden „Newsletter“. Hier spricht die Opposition“ tun. In der letzten Ausgabe (Nummer 141) finden sich folgende Themen:

- Soziale Dienstleistungen und Infrastruktur ausbauen
 - Ein Plädoyer für linke Wirtschaftspolitik
 - Tröglitz – miteinander, füreinander
 - »Europa könnte eine Friedensmacht sein«
 - OSZE für Frieden und Sicherheit in Europa
- Jeweils ein Abgeordneter der Fraktion schreibt zu einem Thema.

Zu bestellen über:

<https://www.linksfraktion.de/newsletter/>

Zum Vormerken: Jahrestagung 2016 des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 2./3. April 2016 in Mannheim

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 14. Mai 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 8. Mai.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

14. Mai, 11. Juni, 9. Juli, 6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.